Nr. 21 | A. g. XIII | 27. Jahrgang

Die Gleichheit

Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen

Mit der Beilage: Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
20. Juli 1917

Zuschriften sind zu richten
an die Redaktion der Gleichheit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 14838.
Expedition: Stuttgart, Furtbachstraße 12.

Landesverteidigung und Klassenkampf.

Ihr habt unsere wichtigsten Grundsätze verraten, ihr habt den Klassenkampf aufgegeben, ihr seid unseren internationalen Ideen untreu geworden, so schallt es denjenigen Sozialdemokraten, die sich auf den Boden der Landesverteidigung gestellt haben, entgegen. Ist an diesen Beschuldigungen etwas richtig?

Einen Klassenkampf führen, heißt weiter nichts, als die Interessen einer Klasse mit den zu Gebote stehenden wirtschaftlichen und politischen Machtmitteln gegenüber anderen widerstrebenden Klassen verfechten. Es kommt dabei gar nicht darauf an, ob eine Partei oder Organisation den Klassenkampf ausdrücklich als ihre Aufgabe bezeichnet, sondern nur darauf, was sie tut. Wenn christliche Arbeiter streiken oder bei Wahlen ihr Stimmgewicht im Interesse ihrer Klasse in die Wagschale legen, so führen sie Klassenkampf, ebenso, wenn unsere Agrarier ihren Einfluß im Staat dazu benützen, um sich Zölle oder Liebesgaben zu sichern, mögen sie auch die Behauptung, daß sie Klassenkampf führen, als eine Beleidigung zurückweisen und erklären, sie wollten mit ihrer Politik nur dem Vaterland dienen. Die Sozialdemokratie unterscheidet sich von anderen Parteien nicht dadurch, daß sie allein einen Klassenkampf führt, sondern nur dadurch, daß sie sich dieser Tatsache bewußt ist und sie offen zugibt, während die anderen Parteien ihren Klassencharakter mehr oder minder zu bemänteln suchen.

Hört man die Leute, die den Vorwurf erheben, die Partei hätte jetzt den Klassenkampf aufgegeben, so könnte es so scheinen, als ob in normalen Zeiten die Sozialdemokratie mit weiter nichts beschäftigt gewesen sei, als mit der Führung des Klassenkampfes. Dann wäre allerdings das Zusammenwirken von Sozialdemokraten mit Angehörigen anderer Parteien zum Zweck der Landesverteidigung etwas Unerhörtes, Neues. Aber dabei wird übersehen, daß ein Zusammenarbeiten der Sozialdemokratie mit anderen Parteien auch im Frieden nahezu alle Tage vorkommt.

Jeder Mensch gehört verschiedenen sich häufig scheidenden Interessenkreisen an. Als Glied seiner Familie hat er mit anderen Personen gemeinsame Interessen wie als Bürger einer Gemeinde oder als Angehöriger einer Klasse. Die verschiedenen Gruppen, denen er zugehört, haben oft Bedürfnisse und Ziele, die miteinander in Widerspruch stehen. So kann es vorkommen, daß derselbe Mensch als Glied einer Gemeinde und als Wohnungsmieter ein Interesse an einer guten kommunalen Bodenpolitik hat, weil dadurch die Wohnungsmieten und die Gemeindelasten niedrig gehalten werden, während er als Glied seiner Familie wünschen muß, daß eine solche kommunale Tätigkeit unterbleibt, damit die seinen Eltern gehörenden Grundstücke einen höheren Wert bekommen. Und was für den einzelnen gilt, das gilt auch für eine ganze Klasse oder für eine politische Partei. So können die Interessen der Arbeiterschaft mit denen der Unternehmer im schärfsten Widerspruch stehen, wenn die Arbeitsbedingungen in Frage kommen. Gleichzeitig aber haben Arbeiter und Unternehmer ein gemeinsames Interesse an einem guten Absatz der in ihrem Gewerbe hergestellten Erzeugnisse. Deshalb ist es ganz natürlich, daß auch eine so ausgesprochene Klassenpartei wie die Sozialdemokratie oft mit anderen Parteien gemeinsam irgendwelche Aufgaben löst. Neben dem Kampf der Parteien geht auch in normalen Zeiten stets ein Zusammenarbeiten einher.

Anders im Kriege. Die allen Parteien gemeinsame Aufgabe, den Feind vom Land fernzuhalten und eine Niederlage der eigenen Heere zu verhüten, erfordert eine große Anspannung der Kräfte auf allen Seiten, und deshalb tritt hinter diesem Ziel alles andere in die zweite Linie. So kann für den, der die Dinge nur oberflächlich prüft, der Schein entstehen, als ob die Sozialdemokratie plötzlich ihren Charakter von Grund auf geändert habe und etwa tue, was in krassem Gegensatz zu ihrem früheren Verhalten steht. Doch bei näherer Betrachtung kann man leicht erkennen, daß das nicht der Fall ist. Die Arbeiterklasse mag in noch so scharfem Gegensatz zu den herrschenden Klassen stehen, sie mag deren Politik noch so entschieden bekämpft haben, ist ein Land so bedroht wie Deutschland in diesem Weltkriege, so bleibt dem Proletariat im eigenen Interesse nichts weiter übrig, als nach Kräften bei der Verteidigung des Landes mitzuwirken. Gelingt es den Truppen des eigenen Staates nicht, dem Ansturm der feindlichen Herre standzuhalten, wird das Land durch den Kampf der Armeen verheert, so sind gerade die Ärmsten, die Proletarier dem Mangel und dem Elend am ehesten ausgesetzt. Die deutschen Proletarier sind in derselben Lage wie die Matrosen eines in Seenot befindlichen Schiffes. Sie mögen in noch so schwerem Streit mit dem Führer des Schiffes gewesen sein, solange die Gefahr droht, müssen sie gemeinsam mit ihm versuchen, ihrer Herr zu werden. Das Zusammenwirken der Sozialdemokratie mit den übrigen Parteien zum Zwecke der Landesverteidigung schließt natürlich nicht aus, daß die Sozialdemokratie auch während des Krieges überall, wo sie nur kann, die Interessen des Proletariats energisch vertritt, das beweist ihre in den Parlamenten und in der Presse entfaltete Tätigkeit. Davon, daß sie während des Krieges den Klassenkampf aufgegeben hat, kann also gar keine Rede sein.

Ebensowenig wie der Vorwurf, die Sozialdemokratie habe auf den Klassenkampf verzichtet, ist der berechtigt, daß sie ihren früheren internationalen Idealen untreu geworden sei. Das internationale Zusammenwirken der Proletarier ist eine dringende Notwendigkeit für die moderne Arbeiterklasse. Viele ihrer Ziele lassen sich nur verwirklichen, wenn die Arbeiter aller Länder zusammenarbeiten. Verbunden sind die Proletarier aller Nationen vor allem durch ihr Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens. Die Sozialdemokratie war auch stets weit entfernt von der engherzigen nationalen Eigensucht unserer Patentpatrioten, die eine schwere Gefahr für den Frieden und die kulturelle Entwicklung der Völker ist. Für die Sozialdemokratie wird nie jener Grundsatz gelten: Recht oder Unrecht, es ist mein Vaterland. Stets muß sie fordern, daß das einzelne Land seine Interessen hinter die der Völkergesamtheit zurückstellt, wie auch der einzelne

seine privaten Ziele dem Interesse der Gesamtheit seiner Mitbürger unterordnen soll.

Aber ist denn das Deutsche Reich mit einer Gemeinschaft im Kriege, die gegenüber den beschränkt nationalen Zielen Deutschlands internationale Interessen vertritt? Keineswegs! Versagte die deutsche Sozialdemokratie ihre Mitwirkung bei der Verteidigung des Landes, so würde sie nicht irgendwelchen internationalen Interessen dienen, sondern nur den Staaten nützen, die in diesem Kriege Deutschlands Gegner sind. Der Internationalismus kann doch höchstens dazu verpflichten, daß man die Interessen des eigenen Landes hinter allgemeine Menschheitsinteressen zurückstellt, wo solche wirklich nachgewiesen sind, aber nie zur Zurückstellung der Interessen des eigenen Landes hinter die anderer Staaten. Die Pflicht einer sozialdemokratischen Partei ist es nur, auch während des Krieges alles zu tun, um ein Zusammenwirken der Sozialisten aller Länder zur Erzielung eines baldigen Friedens herbeizuführen. Und gerade in dieser Beziehung hat die Leitung der deutschen sozialdemokratischen Partei ihre Pflicht erfüllt. Wenn ihre Bemühungen erfolglos waren, so deshalb, weil die Ententesozialisten von der gemeinsamen Arbeit für den Frieden nichts wissen wollen.

Ungeheuer grausam ist das Geschick der sozialistischen Proletarier. Auch im Frieden haben sie unter den Mängeln der kapitalistischen Wirtschaftsordnung schwer zu leiden. Stets waren sie sich bewußt, daß diese von ihnen bekämpfte Gesellschaftsordnung die Gefahr eines Weltkriegs in sich birgt, und es war ihr heißes Bemühen, die Menschheit vor solch einer Katastrophe zu bewahren. Das ist ihnen nicht gelungen, und nun müssen sie gegneinander kämpfen, um ihr Land vor einer verderblichen Niederlage zu schützen! Gerade das muß sie anspornen, so bald wie möglich ihre internationale Arbeit wieder aufzunehmen, um die Völker vor der Wiederholung solch unsäglichen Unheils zu sichern. Wie ehedem, wird auch in Zukunft das Proletariat sein höchstes Ideal nicht in der Verwirklichung weitschweifender einseitig nationaler Ziele sehen, sondern in dem friedlichen Zusammenarbeiten der Völker. Das ungeheure Elend, das der Krieg über alle beteiligten Länder gebracht hat, zeigt, daß die Proletarier mit dem Streben nach solchem Ziel auch *ihrem* Vaterland den denkbar besten Dienst erweisen. ms.

Bild der Freiheit.

Siehst du den Strom, den Bergeshöhn entquollen,
Die dunklen Wogen majestätisch rollen?
Es steht bei dir, ob er auf seinem Pfad
Dir segenbringend, ob verderbend naht.

Gib ihm ein Bett, so wird er deine Auen
Erquicken und zur Fruchtbarkeit betauen,
Doch stemmst du dich entgegen seinem Lauf,
So geht dein Acker samt der Frucht darauf. Hebbel.

Politische Umschau

In wenigen Tagen sind *drei Jahre seit dem Ausbruch des großen Völkermordens* verstrichen. Eine Welt von Menschenglück ist vernichtet, ein Meer von Menschenblut geflossen, Millionen blühender Leben sind zertreten, Millionen Menschenleiber zerfetzt, ganze Ländergebiete in Schutt und Trümmer verwandelt. Und dennoch gibt es bei allen Völkern immer noch eine Menge Wahnwitziger, die nicht davor zurückschrecken, all das Grausige noch ein, zwei, vielleicht gar drei Jahre über die Menschheit ergehen zu lassen. Wir haben es erst kürzlich wieder aus den Reden der Staatsmänner Englands, Frankreichs und Nordamerikas vernommen. Nach wie vor weigern sich die Gegner, am Verhandlungstisch zu erscheinen, sie wollen von Verständigung nichts wissen. Die auf die russische Revolution gesetzten Hoffnungen haben sich bisher leider als trügerisch erwiesen.

Aber auch die Lenker der Mittelmächte haben sich immer noch nicht bereit finden lassen, entschlossen die Bahnen zu betreten, die nach der Überzeugung der Sozialdemokratie allein zum Frieden führen: sie sollen offen erklären, daß sie bereit sind, nach allen Seiten hin einen *Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen* zu schließen; sie sollen ferner durch *sofortige gründliche politische Reformen* beweisen, daß sie endgültig mit dem System brechen wollen, das Deutschland vor dem Kriege den Ruf der Rückständigkeit und der Abneigung gegen freiheitliche Staatseinrichtungen eingetragen hat. Diesen Ruf benützen die Machthaber der feindlichen Länder immer noch mit Erfolg, um ihren Völkern begreiflich zu machen, daß der Krieg weitergeführt werden müsse, bis dieses freiheits- und kulturfeindliche Deutschland niedergeworfen sei. Daß sie den Krieg in Wahrheit nur um die Beherrschung des Erdballs und des Weltmarktes führen, verschweigen sie wohlweislich. Daß sich unsere regierenden Männer immer noch weigern, sofort mit dem bisherigen politischen System zu brechen, ist für die Gewalthaber der feindlichen Länder ein erwünschter Beweis für die Wahrheit ihrer heuchlerischen Behauptungen. Das russische Volk aber fürchtet von dem immer noch autokratisch regierten Deutschland eine Gefährdung seiner eben erst errungenen jungen Freiheit. Ist doch das deutsche Volk selber mißtrauisch gegenüber den Verheißungen, die ihm durch Kanzlerreden und Kaiserworte gemacht worden sind. Es kennt die Macht der herrschenden Schichten, die sich dem politischen Fortschritt widersetzen, von früherher nur allzu gut. Während in Ungarn eine radikale Wahlreform im Gange ist und in England Millionen Frauen das Stimmrecht bekommen, muß sich das Volk Preußen-Deutschlands mit Vertröstungen abspeisen lassen. Es ist zu erwarten, daß der *Reichstag* bei seiner Sommertagung auf diese Dinge mit der nötigen Entschiedenheit und Gründlichkeit eingeht.

Die Erfahrungen, die wir auch im vierten Kriegssommer auf dem Gebiete der *Lebensmittelversorgung* machen müssen, sind gleichfalls nicht geeignet, das Volk mit Vertrauen zu erfüllen. Wir alle haben die Überzeugung, daß, wenn auch mit mancherlei Einschränkungen, für jeden einzelnen weit besser gesorgt sein könnte, als es heute leider der Fall ist, wenn man nicht, wie von Anfang an, zuviel Rücksicht auf die Erzeuger und die Händler genommen hätte. Dadurch hat sich das landesverräterische Geschmeiß der Wucherer und Kettenhändler entwickeln können, denen es zum Wohle ihrer Portemonnaies möglich wurde, die Preise meist um das Fünf- und Zehnfache gegen früher in die Höhe zu treiben. Die amtliche Organisation hat vielfach versagt, weil sie nicht beizeiten die Maßnahmen ergriffen hat, die ihr *schon im Jahre 1914* von der sozialdemokratischen Parteileitung in genau ausgearbeiteten Vorschlägen unterbreitet worden sind.

Kein Wunder, daß wir immer wieder Ausbrüche der Erbitterung und Verzweiflung erleben. So haben kürzlich in *Düsseldorf* und *Stettin* die Kriegsgerichte gegen eine größere Anzahl zumeist weiblicher und jugendlicher Personen wiederum schwere Strafen wegen Aufruhrs und Zertrümmerns und Beraubens von Lebensmittelgeschäften verhängt. Wäre es nicht zweckmäßiger gewesen, die Härte, die man gegen solche selbstverständlich sinnlosen Ausschreitungen aufwendet, beizeiten gegen die wahren Schuldigen zur Anwendung zu bringen, gegen all die Zahllosen, die zum Leben der Gesamtheit unentbehrlichen Nahrungsmittel zum Gegenstand schamloser Bereicherung machen, die systematisch Lebensmittel dem Verkehr entziehen und sie lieber verderben lassen oder dem Vieh zum Fraß hinwerfen, statt sie pflichtgemäß an den Markt zu bringen!

Daß es fast nur *Jugendliche* und *Frauen* sind, die sich an jenen vom Gesetz mit so schweren Strafen bedrohten Handlungen beteiligen, liegt nicht etwa daran, daß die Männer im Soldatenrock stecken oder in der Fabrik weilen; sondern es hat seine Ursache darin, daß beiden Gruppen vielfach die nötige Einsicht in den Gang der Ereignisse fehlt. Kenntnislose und unerfahrene Jugendliche und politisch ungeschulte Frauen machen allzuleicht die Politik mit dem Herzen statt mit dem Verstande. Das kann aber nie zu dem erstrebten Ziele führen, sondern hat nur zur Folge, daß sich einzelne nutzlos opfern. Wenn wir für des Volkes Freiheit, Recht und Wohl *mit Erfolg* kämpfen wollen, dann müssen wir uns klar sein über das, was wir *wollen*, über das, was wir *können* und endlich darüber, *wie wir es zu erreichen vermögen*. Sind wir uns über diese Dinge klar geworden, dann müssen wir in geschlossener Organisations- und Kampfesfront zweckbewußt und unermüdlich arbeiten und handeln. Nur so, nicht durch Unbesonnenheiten und Gemütsausbrüche, kann erfolgreich der politische Kampf geführt werden. □

Neue Pflichten — neue Rechte!

Die Magistrate der Städte Berlin, Schöneberg, Neukölln und Charlottenburg haben die Hinzuziehung von Frauen in städtische Deputationen beschlossen. Andere Städte werden hoffentlich bald folgen. Das wäre wenigstens eine vorläufige Antwort und ein kleiner Dank der städtischen Körperschaften an die Frauen, deren wertvolle praktische Mitarbeit sie in schwerer Kriegszeit schätzen gelernt haben.

Man gibt damit der Frau das Recht, in Zukunft neue und höhere Pflichten zu erfüllen. Wir Frauen wollen aber mehr! Wir wollen, daß man uns sehr bald auch das Recht der Mitbestimmung gibt, wie es nur durch die Schaffung eines demokratischen Gemeindewahlrechts und seine Ausdehnung auf die Frauen möglich ist.

Wir haben uns dieses Recht schon längst verdient. Die Kriegszeit ist wie keine andere geeignet, die Unentbehrlichkeit und Wichtigkeit der Frauenhilfe auf kommunalem Gebiet zu zeigen. Aus allen Bezirken des Reiches erhalten wir die Kunde, daß die Frauen und darunter sehr viele unserer Genossinnen in der gesamten kommunalen Kriegsfürsorge tätig sind. Im Unterstützungswesen, in den Preisprüfungsstellen, bei der Lebensmittelversorgung, in den Kriegsküchen, bei der Kinderspeisung, in Horten und Krippen machen sie sich mit ihrer aus der Praxis des Lebens geschöpften Erfahrung und mit ihrer Tatkraft in der uneigennützigsten Weise nützlich. Noch viel mehr Frauen wären zur Mithilfe gekommen und aufgenommen worden, wenn nicht sehr oft der beste Wille unserer Frauen an den harten Lebensnotwendigkeiten scheiterte. Viele unserer besten Genossinnen kämpfen mit der Not, sie arbeiten um Lohn. Lange Arbeitszeit, dabei der Haushalt, die Sorge um die Familie nehmen Zeit und Kraft in Anspruch. Damit erbringen sie zwar den Beweis treuester Pflichterfüllung, der auch dem größten Feind der Frauenemanzipation Achtung abnötigen müßte. Aber gerade aus diesem Grunde können leider die sozialdemokratischen Frauen sich zurzeit nicht den Einfluß sichern, den sie auf kommunalpolitischem Gebiet brauchten. — Einen Gedanken möchte ich aber zuversichtlich aussprechen: Unsere kommunalpolitisch und sozial tätigen Genossinnen werden nach bester Möglichkeit den beschrittenen Weg praktischer Mitarbeit weitergehen. Und sie werden zugleich der sozialdemokratischen Partei die Treue bewahren aus Überzeugung und weil sie wissen, daß nur mit Hilfe einer starken und einigen Organisation in nimmermüder zäher Arbeit eine Erweiterung der allgemeinen Menschenrechte und damit auch der Frauenrechte errungen werden kann. Marie Juchacz.

Ein letztes Wort Gustav Schmollers.

Vor kurzem ist der bekannte Nationalökonom Gustav Schmoller, einer der Begründer des sogenannten Kathedersozialismus, gestorben. Schmoller hat auf die soziale und politische Entwicklung Deutschlands durch seine Tätigkeit als einer der angesehensten Universitätslehrer und durch sein öffentliches Wirken einen starken Einfluß ausgeübt. Dem wissenschaftlichen Sozialismus gegenüber hat er sich ablehnend verhalten, für die richtigere Beurteilung der sozialen Tatsachen, besonders für die Einsicht in die Notwendigkeit der Sozialpolitik, hat er aber in langem Kampfe mit den Manchesterleuten einerseits und den junkerlichen Reaktionären andererseits aufklärend und in seinen Kreisen auch bahnbrechend gewirkt.

In dem letzten von ihm herausgegebenen Bande der „Jahrbücher" zieht er gleichsam noch einmal die Bilanz seiner Tätigkeit durch einen Artikel über die Frage „Freie oder sozialistische Volkswirtschaft nach dem Kriege?" Er sucht auch hierin gemäß seiner ganzen Art zu vermitteln zwischen der freien Konkurrenz und der sozialistischen Bindung des Wirtschaftslebens. Nach seiner Meinung werden die Zentralorganisationen, die eigentlichen Kriegszwecken dienen, nach dem Kriege wieder verschwinden. „Was aber an den von 1890 bis 1914 gebildeten Unternehmungsformen und Unternehmerverbänden, an Arbeiterorganisationen sowie an gemeinsamen sozialen Einrichtungen des Zusammenwirkens der beiden großen sozialen Gruppen sich in der Kriegszeit änderte, das wird in der Hauptsache bleiben. Denn es sind wesentliche Verbesserungen in der Organisation der Unternehmer und Arbeiter." Aber zur sozialistischen oder gar kommunistischen Volkswirtschaft würden die Veränderungen nicht führen.

Interessant ist, was Schmoller von seinem Standpunkt aus über den Anteil zu sagen hat, der der Arbeiterschaft durch ihre Haltung während des Krieges an der notwendigen Umgestaltung und damit auch an der Neugestaltung unserer Volkswirtschaft zukommt. Der

Feuilleton

In der Welt fährst du am besten,
Sprichst du stolz mit stolzen Gästen,
Mit bescheidenen bescheiden,
Aber wahr und klar mit beiden. A. Grün.

Die Mutter.

Von Edmondo de Amicis.

An einem schönen Abend war es, als mein Regiment, eben in einer der größeren Städte Italiens angelangt, durch die Gassen zerstreut, darauf wartete, in die ihm bestimmte Kaserne nach dem Ertönen des Zapfenstreichs einzuziehen. Die Soldaten waren noch in voller Marschausrüstung: die Gamaschen über die Hosen geknöpft, die Patronentasche am Gürtel, Brotsack und Trinkflasche umgehängt. Müde vom Marsch, Röcke und Mützen bestaubt, standen sie gruppenweise an den Ecken, die Schultern gegen die Mauer gelehnt, die Arme gekreuzt, ein Bein aufs andere gestützt, oder sie starrten mit staunenden Augen vor den Schaufenstern der Goldschmiede auf die Medaillen und Kreuze jeder Form, denen selbst ergraute Beamte und langgediente Majore vorübergehend noch einen sehnsüchtigen Blick zuwerfen. Einige hatten sich auch in die Schenken gesetzt, sich mit einem Trunk Wein zu stärken, während die am wenigsten ermatteten Leute durch die Gassen zogen. Alle jedoch, oder die bei weitem größere Zahl, schwiegen und sprachen nur leise, teils der Ermüdung und Erschöpfung wegen, teils auch in jener Betäubung, die man gewöhnlich empfindet, wenn man zum erstenmal in einer fremden, geräuschvollen Stadt ist.

Inmitten dieser stummen Gesellschaft unter einer kleinen Truppe Soldaten, die auf den Stufen einer Kirche saßen, fiel die heitere Unruhe und unaufhörliche Geschwätzigkeit eines von ihnen auf, eines schlanken, schmächtigen Menschen mit bartlosem Gesicht, das durch große blaue Augen sehr anziehend wurde. Wie ein lustiger Knabe sprang er die Treppen hinauf und hinunter, stand bald bei dem einen, bald bei dem anderen, zog diesen am Rock, nahm jenem die Quaste von der Mütze, um sie ihm plötzlich auf die Knie zu legen, hielt einem dritten von hinten die Hände vor die Augen und rief: Rate, wer ist das? — Er schien Quecksilber im Leibe zu haben. Ich bemerkte ihn im Vorübergehen, und wie ich ihn mir einige Minuten ansah, dachte ich, was wohl der Grund dieser großen Munterkeit sein möchte. Seine offenen, angenehmen Gesichtszüge prägten sich meinem Gedächtnis ein.

Am folgenden Tage erfuhr ich durch einen Zufall, wonach ich am Abend vorher vergeblich mich selbst gefragt. Jener Soldat diente seit vier Jahren, hatte aber durch Verkettung von Umständen, die aufzuzählen mich zu weit führen würden, in dieser ganzen Zeit nie einen Urlaub gehabt, um seine Heimat und seine Familie wiedersehen zu können. Vier Jahre! Einem Soldaten, wie ich hörte, daß dieser war, dem das Herz auf der rechten Stelle saß, der seine Eltern und seinen Geburtsort innig liebte, der ein sanftes, gutes Gemüt hatte und Ausschweifungen, wie sie zuletzt die lebhaftesten Zuneigungen, die teuersten Erinnerungen übertäuben, nicht kannte — einem solchen Soldaten müssen diese vier Jahre gar lang erschienen sein! Und wahrhaftig, sie waren ihm auch schwer geworden; er hatte sich immer ein wenig melancholisch gezeigt; schweigsam in der Kaserne, draußen meist allein. In den Freistunden, wenn seine Kameraden sich in den öffentlichen Gärten herumtrieben, wo sie den von schönen Dienstmädchen geführten Kleinen rohe Liebkosungen machten, pflegte er den Exerzierplatz in Länge und Breite mit seinen Schritten zu messen, oder saß

deutschen Reichsbank, der Elastizität unserer Großbetriebe, den rasch geschaffenen Zentraleinkaufsgesellschaften sei es gewiß zu danken, wenn die notwendige Einstellung unseres Wirtschaftslebens auf den Kriegszustand möglich geworden sei. „Man dankt es aber auch der Tatsache, daß wir eine gute und in der Hauptsache einheitlich organisierte und mit großer Sachkenntnis geleitete Arbeiterschaft hatten, die in ihren Gewerkschaften und ihren Parteileitungen sich bewußt den einheitlichen nationalen Notwendigkeiten fügte. Hätten wir nicht 3,8 Millionen fest in Gewerkschaften organisierte Arbeiter gehabt, die jährlich bisher schon fast 30 Millionen Mark ausgaben, ein Vermögen von fast 100 Millionen Mark besaßen (nur England hat eine ähnliche Organisation, alle anderen Staaten stehen weit zurück), so wäre die Arbeiterschaft nicht so national, nicht so politisch klug gewesen, hätten die organisierten Arbeiter ihre Arbeitslosen nicht so großartig unterstützen können. Es wäre auch nicht gelungen, den zersplitterten Arbeitsnachweis rasch so zusammenzufassen und zu steigern: aus einem losen Verbande der Nachweise mit bisher jährlich 2 bis 3 Millionen Meldungen wurde durch die Zentralisation in einer Reichszentrale ein solcher von jährlich 7 bis 8 Millionen Meldungen. Kein Wunder, daß die erst riesengroße Arbeitslosigkeit nach wenigen Kriegsmonaten schon (gegen Weihnachten 1914) sehr bedeutend abgenommen hatte."

Man wird sich dieses Urteil merken, falls in Zukunft wieder einmal die Mithilfe der deutschen Arbeiter an der Aufrechterhaltung unserer Volkswirtschaft in Frage gestellt werden sollte.

Die Frauen gegen den Alkohol.

Eine Frauenkonferenz zum Studium der Alkoholfrage hat Ende Juni in Dresden stattgefunden. Zu den Verhandlungen hatten nur Frauen Zutritt. Er sprachen Dr. med. Margarete Stegmann (Dresden) über Alkohol und Volksgesundheit, Gustel v. Blücher und Frau Marie Stritt (Dresden) über Alkohol und Volkswirtschaft, Frau Elsbeth Krukenberg (Kreuznach) und Wilhelmine Lohmann (Bielefeld) über Alkohol und Volkserziehung, und Frau Katharina Scheven (Dresden) und Frau Dr. phil. Wegscheider-Ziegler (Bonn) über Alkohol und Volkssittlichkeit. An alle Vorträge schlossen sich längere Besprechungen. Das Resultat der zweitägigen Verhandlungen bildete die Annahme folgender Entschließung:

„Die zur Frauenkonferenz zum Studium der Alkoholfrage am 22. und 23. Juni 1917 versammelten Frauen treten für folgende Forderungen zum Schutze des Volkes vor den Gefahren und verheerenden Wirkungen des Alkohols ein:

1. Sofortiges Brau- und Brennverbot zum Zwecke der Erhaltung unserer gesamten Feld-, Garten- und Wildfrüchte und des Zuckers zur möglichst unmittelbaren Ernährung des gesamten Volkes;
2. Alkoholverbot bei der Demobilmachung von Heer und Marine;
3. Nach Friedensschluß: Beibehaltung und weiterer Ausbau aller die Herstellung, den Verkauf und Ausschank von alkoholischen Genußmitteln einschränkenden Bestimmungen, insbesondere in bezug auf das gesamte öffentliche Vergnügungswesen, bis zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse auf dem Ernährungs- und Arbeitsmarkt und bis zur Wiederherstellung einer normalen Valuta; Festsetzung einer früheren Polizeistunde für das ganze Reich, ohne Ausnahmebefugnisse für die Polizeibehörden;
4. Reichsgesetzliche Neuordnung der gesamten Alkoholgesetzgebung und Schließung der Animierkneipen. Schutz der Jugend vor jedwedem Alkoholgenuß bis zum vollendeten 18. Lebensjahre;
5. Einführung des Gemeindebestimmungsrechts bei Erteilung von Schankkonzessionen;
6. Einführung eines obligatorischen alkoholgegnerischen Unterrichts an den Lehrerbildungsanstalten und Schulen;
7. Schaffung alkoholfreier Gast- und Speisehäuser und Volkshäuser unter finanzieller Beihilfe der Gemeinden;
8. Die Teilnehmerinnen der Frauenkonferenz sind überzeugt, daß alle diese Forderungen zum Wohle des Volkes um so sicherer und zweckentsprechender erfüllt und durchgeführt werden können, je eher die Frauen als vollberechtigte Bürgerinnen in Gemeinde, Staat und Reich, insonderheit auch durch das Gemeindebestimmungsrecht ihren weiblich-mütterlichen direkten Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung ausüben dürfen."

Wir stehen den Bestrebungen auf Bekämpfung des Alkoholismus durchaus sympathisch gegenüber und schließen uns auch den meisten der Forderungen an. Einige Wünsche dagegen können wir nicht unterstützen; so besonders nicht solche, die die Hilfe der Polizei gegen den Alkohol in Anspruch nehmen wollen. Auch gegen den obligatorischen alkoholgegnerischen

---

am äußersten Ende einer einsamen Allee auf einer Steinbank und malte mit den Fußspitzen Figuren in den Sand. Er dachte immer an die Eltern, die Freunde, an sein heimatliches Dorf, aber vor allem dachte er immer an seine Mutter. Die war eine arme Bäuerin, alt, schwach; aber fröhlichen Temperaments besaß sie zugleich ein wahres Engelsgemüt. Von allen ihren Kindern liebte sie natürlich den fernen Sohn beim Militär mit der größten Zärtlichkeit und auch mit einem ganz besonderen Gefühl der Sorge und des Mitleids. Sie schrieb ihm oft oder ließ ihm schreiben, und seine Briefe, immer von neuem gelesen, immer wieder geküßt, die sie wie heilige Reliquien bei sich trug, milderten die Bitterkeit der Trennung. Dasselbe taten die Briefe der Mutter für ihren Sohn. Ja freilich, aber das kann doch nicht genügen! Papier bleibt doch immer nur Papier, und zärtliche Mütter wollen ihre Kinder sehen, sie mit den Händen berühren, sie mit einem Atemzug zehnmal auf die Stirn küssen. Den Kindern auch genügt es nicht, zu wissen, daß da zu Hause ein teures weißes Haupt ihrer denkt, sie wollen dasselbe umfassen und ihre Lippen auf die weißen Haare drücken. Und so hatte denn sowohl die gute Alte wie ihr geliebter Soldat in diesen vier Jahren ein Leben fortwährender Hoffnung, immer getäuschter Erwartung, voll Wehmut, Sorge, Herzklopfen geführt. Aus dem Norden Italiens stammend, war der Sohn mit seinem Regiment zunächst nach Sizilien gekommen, dort zwei Jahre geblieben (arme Frau, in Sizilien mit all dem Wasser dazwischen!), dann ein Jahr in Kalabrien, ein zweites in Mittelitalien gewesen. Endlich eines schönen Tages hieß es wieder: Das Regiment wird versetzt! „Wohin geht es?" fragte unser Soldat einen Feldwebel und horchte atemlos auf die Antwort: „Nach Norditalien." Sein Herz schlug laut. „Wohin da?" fragte er wieder, indem er die Farbe wechselte. Jener nannte die Stadt, die nächste von seinem Heimatort: „Ach!" rief er, und wenig fehlte, so hätte er den Feldwebel umarmt und Arrest bekommen. An demselben Abend, sowie er konnte, schrieb er nach Hause. (Fortsetzung folgt.)

Wallfahrtslied.

Nur ein Wandern ist das Leben,
Und wir wandern auf und ab,
Wünschen, hoffen, sehnen, streben,
Und das Ziel ist nur ein Grab,
Nur ein Grab für dich, mein Herz,
Deine Lust und deinen Schmerz.

Vieles Schöne, das wir hatten,
Sel'ger Stunden stilles Glück
Ging dahin wie Traum und Schatten,
Und wir blieben arm zurück.
Und so schwindet allgemach
Alles hin und wir ihm nach.

Mag denn alles sein geschieden,
Öd und einsam unser Pfad,
Wenn uns eins nur bleibt hienieden:
Das Bewußtsein edler Tat!
Dann, o Tod, mag's morgen sein,
Ruhig, ruhig harr' ich dein.

Hoffmann v. Fallersleben.

Stimmungsbilder.

Ein kleiner gutgepflegter Garten. Der Mittagstisch ist im Garten reizend und verlockend gedeckt, und ein weißbeschürztes Mädchen trägt die Speisen zu.

Die Hausfrau: „Minna, lassen Sie die Erdbeercreme noch auf Eis, bis ich rufe."

Unterricht haben wir pädagogische Bedenken. Schließlich überschätzen wir auch nicht das Frauenstimmrecht als Mittel gegen den Alkoholismus. Es wird sicherlich ein wertvolles Hilfsmittel werden, weil die Frauen auf Grund ihrer Erfahrungen und ihrer seelischen Verfassung von vornherein schärfere Alkoholgegner sind als die Männer. Aber ein allgemeines Mittel gegen die volksverwüstenden Gefahren des Alkoholismus vermögen wir nur in dem allgemeinen gesellschaftlichen Aufstieg, besonders durch die wirtschaftliche und kulturelle Hebung der Arbeiterklasse, zu erblicken.

Vom Fortgang des Frauenrechts

Der Kampf gegen das englische Frauenstimmrecht. Im englischen Unterhause versuchten die Gegner des Frauenwahlrechts dessen Einführung mit einem merkwürdigen Schachzug zu Fall zu bringen. Das Unterhausmitglied Peto, der gegen die Einführung des Frauenwahlrechts gestimmt hatte, verlangte, daß man die Altersgrenze für die Wahlberechtigung (30 Jahre) für Frauen fallen lasse, denn sonst würden die meisten Frauen ausgeschlossen, die jetzt für den Krieg in den Fabriken usw. gearbeitet hatten. Von der Regierung bekämpfte Cave diesen Vorschlag und erklärte, bei seiner Annahme nicht weiter für den Gesetzentwurf die Verantwortung tragen zu können. Mac Neill zeigte darauf, daß der Vorschlag fast ausschließlich von erklärten Gegnern des Frauenstimmrechts unterstützt würde, um eben das Gesetz in dieser durch den Vorschlag hervorgerufenen weitgehenden Fassung zu Fall zu bringen. Der Vorschlag Peto wurde darauf mit 291 gegen 25 Stimmen verworfen und der Gesetzentwurf selbst mit 214 gegen 17 Stimmen angenommen.

Das Frauenwahlrecht auf dem Marsche. Im österreichischen Organ der Textilarbeiter legt Genossin Emmy Freundlich dar, wie die neue demokratische Welle in Europa überall auch die Forderung des Frauenwahlrechts stärkt und vorantreibt; in Rußland, in England, in Holland, in Österreich, überall sind die Frauen, besonders die Arbeiterinnen, drauf und dran, ihre Rechte zur Geltung zu bringen. Aber mit Recht schließt Genossin Freundlich ihre Ausführungen mit der Mahnung: „Trotzdem wäre es für uns Frauen ein gefährlicher Irrtum, wenn wir meinen würden, das Frauenwahlrecht sei nun auf dem Marsche, und wir müßten nur warten, bis es kommt. Gerade weil es nun möglich geworden ist, das Frauenwahlrecht zu erringen, müssen wir den Kampf mit aller Energie an allen Fronten eröffnen. Es genügt nicht mehr, daß wir nur an einem Tag im Jahre um das Wahlrecht in allen Orten Österreichs kämpfen. Man muß nun täglich und stündlich den Kampf um die Wahlreform führen, und alle Wege, die unserem Kampfe täglich neue Kräfte zuführen, müssen gesucht werden."

Kleine Mitteilungen. Der Frauenstadtbund von Bremen hat sich an den Senat und Bürgermeister mit der Bitte gewandt, bei der demnächst zu erwartenden Wahlrechtsänderung auch die Frauen zu berücksichtigen.

Eine Eingabe des Hamburg-Altonaer Vereins für Frauenstimmrecht an Senat und Bürgerschaft ersucht um Verwirklichung der alten liberalen Forderung der Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts bei der bevorstehenden Wahlrechtsreform und seine Ausdehnung auf die in der Stadt Hamburg und den zum Hamburger Staat gehörenden Landgemeinden lebenden weiblichen Staatsangehörigen.

Siege des Frauenstimmrechts für die Präsidenten- und Kommunalwahlen sind in drei weiteren nordamerikanischen Staaten: Ohio, Norddakota und Indiana zu verzeichnen. Im Januar und Februar dieses Jahres nahmen die gesetzgebenden Körperschaften die betreffenden Vorlagen mit großer Majorität an, und da für diese Wahlen keine Verfassungsänderung, daher auch keine Wählerabstimmung nötig ist, erlangten die Beschlüsse ohne weiteres Gesetzeskraft. Damit ist nun das politische Wahlrecht der Frauen bereits in 16 Staaten der Union eingeführt.

Als einzige Frau ist Mrs. Chapman Catt, die Vorsitzende des Weltbundes für Frauenstimmrecht, vom Präsidenten der Vereinigten Staaten Wilson zum Mitglied des beratenden Ausschusses für die nationale Verteidigung ernannt worden.

Die gesetzgebende Körperschaft von Neuschottland in Kanada hat in ihrer Sitzung am 21. März die Vorlage über das aktive und passive Wahlrecht der Frauen einstimmig angenommen und die Zulassung der Frauen zur Advokatur beschlossen.

Nach den Ausführungen der chinesischen Schriftstellerin Yeth Hung Than beginnt auch in China die Frau sich freizumachen von knechtenden Mißständen. In Kanton sind die Frauen zur Teilnahme an der provisorischen Provinzialregierung zugelassen, und die republikanische Regierung in Peking hat den Leitern der Frauenbewegung mitgeteilt, sie werde jede Anstrengung fördern, die dahin geht, die alte chinesische Gleichstellung der Frau mit dem Manne in voller Kraft wieder aufleben zu lassen.

Inzwischen zerteilt der Hausherr das Fleisch und sagt: „Hm! Weich wie Butter! Bärbele, das hast du gut gemacht. Ja ja! Nimm, was du bekommst, was es kostet — kostet's!"

Die Hausklingel tönt.

Die Hausfrau fragt der Bequemlichkeit halber vom Mittagstisch aus: „Wer ist da?" — Eine Kinderstimme antwortet: „Seien Sie so gut und geben Sie mir ein Stück Brot!"

★

Auf der Trambahn. Drei blinde Feldgraue und eine Schwester. Die Pflegerin will mit den Soldaten einen Ausflug machen. Wenn dieser Ausdruck für die Unglücklichen überhaupt noch paßt! Ist ein Ausflug doch ein Sehen.

In der Trambahn sitzen zwei joviale ältere Herren.

„Hä hä," hört man den einen, „ich wette, da möchte jeder den anderen ausstechen."

„Hä hä," antwortet der andere verständnisvoll.

Zu bemerken ist noch, daß die Schwester wirklich sehr schön war und wunderbare Augen hatte.

★

Eine Obsthandlung. Die blasse verhärmte Frau möchte gern Kirschen kaufen. Vor der Tür läßt sie den Wagen von ihrem vierjährigen Mädchen halten. Das Kind ist krummbeinig und sehr blaß. Im Wagen sitzen zwei Kleine.

Das Mädchen hält den Griff des Wagens mit einer Hand und drückt sich die Nase platt am Fenster. Stehen dort doch lauter begehrenswerte Sachen.

Die Obsthändlerin: „Kerrsche, na Kerrsche gibt's nich."

Schüchtern bemerkt die Frau: „In der Auslage haben Sie doch genug!" — „Verkaaft!"

„Dann dürfen Sie die auch nicht in der Auslage haben."

Die Obsthändlerin, sehr rabiat: „Sie, Sie hawe mer kaa Vorschrift net zu mache Sie, Sie —" Und dann laut in die hinteren Räume des Ladens: „Mari—i—ie, nehme Se emol de Kerrsche aus de Fenster, mer is sich ja net emol mehr sicher!"

Und dann etwas weniger laut: „Bei de Fraa Geheimrat müsse Se de Kerrsche aach noch bringe!"

Klara Wendel.

Gedanken.

Von Georg Christoph Lichtenberg.*

Wenn ein Kopf und ein Buch zusammenstoßen und es klingt hohl, ist das allemal im Buch?

★

Unser Leben kann man mit einem Wintertag vergleichen: wir werden zwischen 12 und 1 des Nachts geboren, es wird 8 Uhr, ehe es Tag wird, und vor 4 des Nachmittags wird es wieder dunkel, und um 12 sterben wir.

★

Wenn wir die Mütter bilden, das heißt die Kinder im Mutterleibe erziehen.

★

Große Dinge gesehen zu haben als einen großen Sturm, muß unstreitig dem ganzen Gehirn eine andete Stimmung geben, und man kann sich daher nicht genug in solche Lagen bringen; man sammelt auf diese Art, ohne zu wissen.

★

Eine Regel beim Lesen ist: die Absicht des Verfassers und den Hauptgedanken sich auf wenig Worte zu bringen und sich unter dieser Gestalt eigen zu machen. Wer so liest, ist beschäftigt und gewinnt. Es gibt eine Art von Lektüre, wobei der Geist gar nichts gewinnt und viel mehr verliert: es ist das Lesen ohne Vergleichung mit seinem eigenen Vorrat und ohne Vereinigung mit seinem Meinungssystem.

---

* Am 1. Juli waren 175 Jahre seit der Geburt des deutschen Schriftstellers Lichtenberg vergangen. In der Wochenschrift „Die Glocke" (Nr. 13) widmet Genosse Hermann Wendel dem leider wenig bekannten geistvollen Manne eine eingehende Würdigung, in der er besonders seinem im besten Sinne revolutionären und kühnen Geiste gerecht zu werden sucht. Die Besonderheit des Lichtenbergschen Schrifttums bilden tiefsinnige und in der Form scharfgeschliffene Gedanken (Aphorismen), von denen wir einige an dieser Stelle mitteilen.

Die Tätigkeit der Hamburger Genossinnen während des Krieges.

Der Krieg, dieser furchtbare Zerstörer, hat auch der Hamburger Frauenbewegung schwere Wunden geschlagen. Vor uns liegt ein Jahresbericht der Landesorganisation Hamburgs, der uns über den Stand der Frauenbewegung vor dem Kriege aufklärt. Danach hatte sich die Mitgliederzahl in den letzten fünf Friedensjahren mehr als verdoppelt. Am 1. Juli 1910 musterten wir 5024 weibliche Mitglieder, während wir am 1. April 1914 eine Mitgliederzahl von 11 684 hatten. Zur Förderung der Frauenbewegung waren die Wahlkreisvorstände des ersten und zweiten Wahlkreises und die Distriktsführer des dritten Wahlkreises verpflichtet worden, mindestens vierteljährlich eine Frauenversammlung abzuhalten, im übrigen aber Versammlungen nach Bedarf einzuberufen.

Das kräftig aufstrebende Partei- und Versammlungsleben mußte naturgemäß unter den niederdrückenden Einwirkungen des Krieges leiden. Dennoch haben einzelne Distriktsleitungen es verstanden, auch unter den erschwerendsten Umständen regelmäßige Frauenversammlungen abzuhalten. Fragen der Lebensmittelversorgung und der sozialen Fürsorge wie auch Fragen, die mit der zunehmenden Frauenerwerbsarbeit im engsten Zusammenhang stehen, wurden ausgiebig erörtert. Leider ist es den Leitungen nicht gelungen, die Zahl der organisierten Frauen in der Parteiorganisation zu halten. So ist die Zahl der weiblichen Mitglieder um 3453 gesunken, so daß wir am 1. April 1917 nur noch 8231 Mitglieder zu verzeichnen hatten. Die Zahl der Abonnenten der „Gleichheit" beträgt jetzt 350, während im Jahre 1910 etwa 1900 vorhanden waren.

Wenn auch infolge des Kriegszustandes der Tätigkeit der Genossinnen innerhalb der Organisation enge Grenzen gesetzt sind, so haben die Genossinnen außerhalb der Organisation doch eine vielseitige Tätigkeit entfaltet. Galt es doch bei Ausbruch des Krieges, die größte Not in der Masse der Bevölkerung etwas lindern zu helfen. Die Hamburgische Kriegshilfe hat sich dieser Aufgabe unterzogen, und innerhalb dieser Kriegshilfsorganisation haben eine ganze Anzahl Genossinnen eine recht ersprießliche Tätigkeit ausgeübt. Sie war und ist noch heute eine ehrenamtliche. Als zu Anfang des Krieges das ganze Wirtschaftsleben Deutschlands stillstand und Arbeitseinstellungen und Arbeitslosigkeit auf allen Gebieten zur Folge hatte, war die Haupttätigkeit der Kriegshilfe darauf gerichtet, dem Notstand der Arbeitslosen abzuhelfen. In dem ersten halben Jahre des Krieges, vom August bis Dezember 1914, haben die Unterstützungen für Unterhalt und Obdach die Summe von 2645 Mk. erreicht. In den 22 Bezirken der Hamburgischen Kriegshilfe haben überall Genossinnen als Pflegerinnen mitgewirkt und sind so den Tausenden von Arbeitslosen treue Berater und Helferinnen geworden. Mit der zunehmenden Arbeitsgelegenheit ist dieser Unterstützungszweig mehr und mehr zurückgetreten, dagegen sind die Ansprüche auf Bekleidung und Schuhwerk ganz gewaltig gestiegen. Die pflegerisch tätigen Genossinnen vermitteln noch heute die Anträge für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer, wie sie auch den Hinterbliebenen Gefallener helfend und beratend zur Seite stehen.

Am 7. Mai 1915 übernahm die Hamburgische Kriegshilfe die Leitung der Hamburgischen Kriegsküchen. Das Gewerkschaftskartell von Hamburg-Altona entsandte zwei Delegierte (darunter eine Genossin) in den Speisungsausschuß. In den ersten Monaten wurde innerhalb der Kriegsküchen eine umfangreiche, ehrenamtliche Tätigkeit von den Genossinnen ausgeübt. Rechneten wir doch allgemein mit einer baldigen Beendigung des Krieges und betrachteten daher auch die Kriegsküchenorganisation nur als eine vorübergehende Erscheinung! Doch die Zeit hat uns eines anderen belehrt. Die Kriegsküchen haben einen fabrikmäßigen Charakter angenommen. Hundert Kriegsküchen bestehen heute in Hamburg, die täglich 300 000 Liter Essen herstellen. Das Essen wird an Ort und Stelle verzehrt oder es wird in Gefäßen abgeholt. Es versteht sich, daß die Genossinnen auf die Dauer eine solch umfassende Arbeit nicht ehrenamtlich verrichten konnten. Die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse lassen solches nicht zu. Nur das weibliche Mitglied innerhalb des Speisungsausschusses ist nach wie vor ehrenamtlich tätig. Genossinnen fungieren als Leiterinnen, Buchhalterinnen, Kassiererinnen, Stützen, Füllerinnen, Köchinnen, Spülerinnen.

Während des Krieges ist auch ein Allgemeiner Arbeitsnachweis für weibliche Personen gegründet worden, in dem neben anderen Frauen zwei Genossinnen als besoldete Angestellte tätig sind. Zwei Genossinnen sind in dem Fachausschuß für Hauspersonal vertreten. Im Beirat des Hamburgischen Kriegsversicherungsamts sitzen drei Genossinnen, die bemüht sind, auftretende Mißstände in der Lebensmittelversorgung in den wöchentlichen Dienstagsitzungen zur Sprache zu bringen und dadurch zu beseitigen. Zum Schutze der Verbraucher hat

---

Wenn man auf einer entfernten Insel einmal ein Volk anträfe, bei dem alle Häuser mit scharfgeladenem Gewehr behängt wären, und man beständig des Nachts Wache hielte, was würde ein Reisender anders denken können, als daß die ganze Insel von Räubern bewohnt wäre? Ist es aber mit den europäischen Reichen anders?

★

Man sollte sich nicht schlafen legen, ohne sagen zu können, daß man an dem Tage etwas gelernt hätte.

★

Ein Mädchen, das sich ihrem Freund nach Leib und Seele entdeckt, entdeckt die Heimlichkeiten des ganzen weiblichen Geschlechts: ein jedes Mädchen ist die Verwalterin der weiblichen Mysterien. Es gibt Stellen, wo Bauernmädchen aussehen wie die Königinnen; das gilt von Leib und Seele.

★

Was die wahre Freundschaft und noch mehr das glückliche Band der Ehe so entzückend macht, ist die Erweiterung seines Ichs, und zwar über ein Feld hinaus, das sich im einzelnen Menschen durch keine Kunst in der Welt schaffen läßt. Zwei Seelen, die sich vereinigen, vereinigen sich dennoch nie ganz so, daß nicht immer noch der beiden so vorteilhafte Unterschied bliebe, der die Mitteilung so angenehm macht. Wer sich sein eigenes Leid klagt, klagt es sicherlich vergeblich: wer es der Frau klagt, klagt es einem Selbst, das helfen kann und schon durch die Teilnahme hilft. Ebenso wer gern sein Verdienst gerühmt hört, findet ebenfalls in ihr ein Publikum, gegen welches er sich rühmen kann ohne Gefahr, sich lächerlich zu machen.

Gute Möbel für Kriegsgetraute.

Wie vor einiger Zeit mitgeteilt wurde, hat die sächsische Regierung die Absicht, jungen kriegsgetrauten Ehepaaren bei der Beschaffung ihrer Wohnungseinrichtung zu helfen. Wie wir dem vortrefflich geleiteten, vom Deutschen Holzarbeiterverband herausgegebenen „Fachblatt für Holzarbeiter" entnehmen, ist in Frankfurt am Main bereits eine gemeinnützige Verkaufsstelle für den gleichen Zweck eröffnet worden. Die Grundsätze für die Herstellung des dort zum Verkauf gelangenden Hausgeräts sowie die Kaufbedingungen können als allgemeine Richtlinie solcher Einrichtungen in Betracht kommen, so daß sie für weitere Kreise von Interesse sein dürften.

Die Herstellung der Möbel erfolgt auf genossenschaftlicher Grundlage durch Angehörige der Schreiner- und Tapezierergenossenschaften, denen von der Hessen-Nassauischen Zentralgenossenschaftskasse ein Sonderkredit eingeräumt wurde. Auf solche Weise wird mit dem gemeinnützigen Verkaufszweck ein Stück Mittelstandsfürsorge verbunden. Die bei Beendigung des Krieges zweifellos sehr zahlreichen Aufträge werden dem Handwerk zugeführt. Bei dem Arbeiter- und Materialmangel ist es zurzeit im wesentlichen nur möglich, die Aufträge von Kriegsbeschädigten zu erfüllen. Die Erfahrungen der Kriegszeit kommen aber den gesteigerten Anforderungen künftiger Friedenstage zugute. Die Entwürfe der Möbel entstammen der Werkstatt des Leiters der Offenbacher Kunstgewerbeschule, Professor Eberhard, so daß Gewähr für die Lieferung künstlerisch einwandfreier Möbel gegeben ist. Außer Möbeln sind noch Porzellan-, Glas- und Kücheneinrichtungen zum Verkauf aufgestellt, die von Frankfurter Werkbundfirmen geliefert sind. An Bildern sind Voigtländer- und Teubnerdrucke in einfachen Rahmen ausgehängt.

Für den Verkauf gelten als Regeln: Von den jungen Paaren ist eine kleine Anzahlung zu leisten, der Rest des Kaufpreises wird zur Hälfte von der in städtischer Verwaltung befindlichen Hilfskasse geliehen, zur anderen Hälfte von den Genossenschaften gestundet, denen gegenüber die städtische Hilfskasse Bürgschaft übernimmt. Von den Käufern sind wöchentliche oder monatliche Abzahlungen zu leisten. Die Möbel gehen in das Eigentum der Stadt über, bis der Kaufpreis voll gezahlt ist. Die Käufer genießen die Vorzüge der Abzahlungsgeschäfte, ohne von deren schweren wirtschaftlichen und sozialen Schäden bedroht zu werden. Die Preise der Möbel sind nicht höher als in Abzahlungsgeschäften, obwohl nur erstklassiges Material bei bester handwerklicher Arbeit geliefert wird. Die Risikoprämie kann fehlen, da die Stadt die Garantie übernommen hat. Die Spesen sind äußerst gering. Auf die reinen Herstellungskosten schlagen die Genossenschaften zur Deckung der Spesen und als kleinen

das Kriegsversorgungsamt 24 Bezirksstellen eingerichtet, die die Wünsche und Beschwerden des Publikums in der Lebensmittelversorgung entgegenzunehmen haben. Auch hier arbeiten Genossinnen ehrenamtlich mit.

Nach dem hoffentlich baldigen Ende des Krieges wird nach und nach all das Drückende und Belastende weichen, das ganz besonders von den Frauen empfunden wird. Heute hat jeder vollauf an seinem Päckchen Not und Sorge zu tragen, der Gedanke an die allgemeinen Nöte geht dabei vielfach verloren. Ist aber erst der drückendste Alp durch das Kriegsende genommen, dann wird auch der Gedanke der Gemeinsamkeit wieder aufleben. Gemeinsame Not verbindet uns, gemeinsames Streben verschafft uns eine bessere Lebenslage. Und die brauchen wir zur weiteren Durchsetzung unserer politischen und sozialen Forderungen. Johanna Reitze.

Aus unserer Bewegung

w. **Eine Frauenkonferenz des Bezirks Niederrhein** fand am Sonntag, den 24. Juni in Elberfeld statt. An der Konferenz nahmen Vertreterinnen aus Lennep-Remscheid-Mettmann, Barmen, Elberfeld, Krefeld, Düsseldorf, Neuß-Grevenbroich und Mörs teil.

Über den Stand der Frauenbewegung im Bezirk hielt Parteisekretär Dröner von der Bezirksleitung das einleitende Referat: Die unvermeidliche Trennung in der Partei, die Absplitterung der Oppositionsgruppen ist auch bei uns erfolgt. In allen Kreisen ist wieder die alte Parteiorganisation aufzubauen, und da gilt es auch, unter den Genossinnen bessere Verbindung zu bekommen. Vor allen Dingen ist es notwendig, den besten Weg ausfindig zu machen, wie unter den neuen Verhältnissen unsere Frauenbewegung vorwärts gebracht und der „Gleichheit" wieder in weitesten Kreisen Eingang verschafft werden kann.

An der recht lebhaft geführten Diskussion beteiligten sich die Vertreterinnen sämtlicher Kreise. Übereinstimmend zeigte sich in den Tätigkeitsberichten das gleiche Bild wie in der Jugendbewegung. Die Frauenbewegung wird dort gelähmt und gehemmt, wo die Opposition eine nennenswerte Tätigkeit entfalten kann. Im allgemeinen aber wurde festgestellt, daß die Verbindungen der einzelnen Bezirke untereinander noch bestehen und daß man in den letzten Wochen mit Erfolg daran gearbeitet hat, wieder neue Mitglieder zu werben.

Vollständige Übereinstimmung ergab sich auch in der Beurteilung des Redaktionswechsels der „Gleichheit". Sämtliche Rednerinnen sprachen in der Diskussion ihr herzlichstes Bedauern darüber aus, daß die verdienstvolle Genossin Zetkin durch die Meinungsverschiedenheiten in der Partei für die Frauenbewegung unserer Partei verloren gegangen sei. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die „Gleichheit" unter der neuen Redaktionsführung den schon längst geäußerten Wunsch auf einfachere Schreibweise berücksichtigen. Die Konferenz stellte sich einmütig auf den Standpunkt, durch eine intensive Agitation für die „Gleichheit" unter ihrer neuen Redaktionsführung bald wieder den alten Leserstand zu erreichen. — Der zweite Punkt der Verhandlungen beschäftigte sich mit der Berliner Reichskonferenz.

Köln. (Aus unserer Frauenbewegung.) Die Kölner Arbeiterfrauen regen sich eifrig für ihre Organisationen. Nachdem eine allgemeine öffentliche Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Meerfeld vor der Kölner Bürgerschaft über das Thema „Das Volk und der Friede" sprach, vorhergegangen ist, finden nunmehr für die Frauen besondere Veranstaltungen statt. In dreizehn Versammlungen sollen sie zur Kriegs- und Friedensfrage Stellung nehmen. Die Genossen Fulp, Meerfeld, Sollmann, Trimborn und Genossin Röhl sprechen über „Die Frauen und die Friedensbewegung". Die Versammlungen, soweit sie schon stattgefunden haben, sind durchweg gut besucht gewesen und haben gezeigt, wie groß das Interesse der Frauen an den Tagesfragen ist.

Kürzlich berichtete die hiesige Leitung des Fabrikarbeiterverbandes über den Erfolg einer Werbewoche, die vom 10. bis 16. Juni veranstaltet worden war. Es hieß in dem Bericht: „Das Ergebnis war sehr befriedigend. Es wurden insgesamt 217 Aufnahmen gemacht, davon 51 männliche und 166 weibliche." Für das nächste Vierteljahr ist eine Wiederholung der Werbewoche beabsichtigt. Auch der hiesige Transportarbeiterverband konnte vor kurzem Erfreuliches berichten. Eine große Anzahl von erwerbstätigen Frauen haben während des zu einem glänzenden Abschluß gebrachten Straßenbahnerinnenstreiks erkannt, welche großen Vorteile ihnen der Anschluß an die Organisation bietet. Mit Hilfe des Verbandes haben die Schaffnerinnen in Köln eine erhebliche Lohnaufbesserung und Bewilligung von drei dienstfreien Tagen im Monat erlangt. Von den städtischen Straßenbahnerinnen war bis dahin nur eine ganz kleine Anzahl organisiert. Wenn diesmal schon dieser kleine Vortrupp organisierter Frauen, allerdings begünstigt durch die augenblickliche Lage, einen solchen Erfolg durchsetzen konnte, um wieviel mehr könnten die Frauen erreichen, wenn sie alle der gewerkschaftlichen Organisation angeschlossen wären! Grete Emmerich.

Gewinn nur 10 Prozent auf. Die Preise einer Wohnungseinrichtung von Küche und zwei Zimmern betragen je nach der Zahl und Art der Möbel 1600 bis 2300 Mark. Bei unverschuldeter Zahlungssäumnis wird natürlich eine städtische gemeinnützige Anstalt nicht in der unnachsichtlichen Weise der Abzahlungsgeschäfte vorgehen.

Der Versuch verdient gewiß eine wohlwollende Beurteilung, wenn er vorläufig auch noch einige Unvollkommenheiten aufweist. Das größte Bedenken muß der hohe Preis der Wohnungseinrichtung wachrufen. Es müßte möglich gemacht werden, durch Beschränkung und Vereinfachung der Gegenstände der Wohnungseinrichtung eine erhebliche Verbilligung zu erzielen. Ist übrigens die Frankfurter Arbeiterschaft durch ihren Bildungsausschuß an dem Unternehmen beteiligt?

Bücherschau

Begabungsschulen. Freie Bahn der deutschen Jugend. Von Dr. Max Opel. Vita, Deutsches Verlagshaus, Berlin. 74 Seiten.

Der Verfasser ist Dozent der Freien Hochschule Humboldt-Akademie in Berlin und in pädagogischen Kreisen als ein tatbereiter Schulreformer wohlbekannt. Während des Krieges ist er als Kriegsoberlehrer an einer Realschule auch als praktischer Schulmann tätig. Das gibt seiner Kritik, seinen Vorschlägen und seinen Gründen eine besonders frische Farbe. Er tritt mit Entschiedenheit und mit echt volksfreundlicher Gesinnung an das zurzeit viel erörterte Problem heran, wie die begabten Schüler, besonders die Volksschüler, durch schulorganisatorische Maßnahmen wirksam gefördert werden können, ohne daß die Masse der Schüler darunter leidet. Er bekämpft dabei besonders den neuerdings gern erhobenen Einwand, daß die Kinder der unbemittelten Volkskreise für die höhere Bildung weniger gut ausgerüstet und empfänglich seien, und er verlangt daher besondere Schulanstalten zur Aufnahme gut befähigter Volksschulabiturienten und Bereitstellung von Mitteln zu entsprechender Unterstützung von Eltern und Schülern. Diese Forderung liegt auch auf dem Wege der sozialdemokratischen Schulreform. Wir empfehlen das Büchlein allen denen, die sich für die Fragen der Schulreform interessieren. hs.

Die hygienische Forderung. Von Professor Alfred Grotjahn. Verlag von Karl Robert Langewiesche, Königstein im Taunus und Leipzig. 236 Seiten. 1,80 Mk.

Die wertvolle Sammlung der blauen Bücher des bekannten Verlegers hat durch das Grotjahnsche Buch eine erfreuliche Erweiterung erfahren. Der bekannte Berliner Hygieniker behandelt darin die Fragen der Gesundheit in vier Teilen: Der hygienische Mensch, Die hygienische Familie, Die hygienische Siedlung, Das hygienische Volk. Damit erfaßt er so ziemlich alles, was in der Gesundheit des einzelnen und in der öffentlichen Gesundheitspflege eine Rolle spielt. Grotjahn schreibt im guten Sinne volkstümlich. Er vermeidet alles gelehrte Beiwerk, alle schwierige Theorie; in schlichter, aller ungemein fesselnder Form, bei der hinter jedem einzelnen Wort der gründliche Sachkenner steht, erteilt er Ratschläge, übt er Kritik, gibt er Anregungen. Das Buch eignet sich, wie auch die meisten anderen Bücher derselben Sammlung, vortrefflich zu Geschenkzwecken. M. P.

Eingegangene Schriften.

Otto Baumgarten, Erziehungsaufgaben des neuen Deutschland. Tübingen 1917, J. C. B. Mohr.

Um Deutschlands Zukunft. 2. Fürst v. Bülow, Weg zur politischen Reife. 3. August Winnig, Der englische Wirtschaftskrieg und das werktätige Volk Deutschlands. Berlin, Verlag Reimar Hobbing.

Paul Umbreit, Die deutschen Gewerkschaften im Weltkrieg. Erster Band der Sozialwissenschaftlichen Bibliothek. Berlin 1917, Verlag für Sozialwissenschaften.

Alfred Leopold Müller, Das Gedächtnis und seine Pflege. Stuttgart 1915, Kosmos, Franckhsche Verlagshandlung.

Professor Dr. B. Wandolleck, Das Leben in den Meerestiefen. Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft. Theod. Thomas Verlag in Leipzig.

Das Kleid der arbeitenden Frau. Mit 62 Abbildungen. Karlsruhe 1917, G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag.

Dr. Heinrich Braun, Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung. 5. Band, 3. Heft. Berlin 1917, Julius Springer.

wb. **Lübeck.** Eine öffentliche Frauenversammlung, die am 15. Juni im Gewerkschaftshaus stattfand, beschäftigte sich mit der gegenwärtig in den Hansestädten zur Beratung stehenden Verfassungsrevision. Genosse W. Bromme eröffnete sie unter Hinweis auf die Bürgerschaftsverhandlungen und legte dar, daß es nur durch die Mithilfe der Frauen während des Krieges möglich war, das gesamte Wirtschaftsleben aufrechtzuerhalten. Auch den deutschen Frauen müsse infolgedessen das Wahlrecht gegeben werden, das in einer ganzen Anzahl anderer Länder bereits eingeführt worden ist oder eingeführt werden wird.

Hierauf hielt Genossin Johanna Reitze, Hamburg, einen Vortrag über das Thema „Der Krieg und die staatsbürgerlichen Rechte der Frau". Rednerin wies auf das stille Heldentum, die fühlbaren Entbehrungen und die gewaltigen Arbeitsleistungen der Frau hin, die diese nicht nur in der Erwerbsarbeit, sondern auch im Staatsdienst, in der Kriegsfürsorge, im Handel und Verkehr geleistet hat. Sie schilderte die bisherige Bevormundung der Frau und besprach eingehend die in Betracht kommenden Forderungen. Nachdem noch Genosse Stelling und Genossin Jaeckstat im Sinne der Referentin gesprochen hatten, wurde die gleiche Resolution angenommen, die vor einiger Zeit von einer öffentlichen Frauenversammlung in Hamburg beschlossen worden ist. (Wir haben die Resolution in der vorigen Nummer der „Gleichheit" mitgeteilt. Redaktion.)

Stuttgart. Eine württembergische Frauenkonferenz fand am Sonntag, den 24. Juni auf Veranlassung des Landesvorstandes hier im Gewerkschaftshaus statt, die zu der Reichsfrauenkonferenz Stellung nahm.

Genosse Fischer, der die Verhandlungen leitete, berichtete zunächst, in welchem Umfang unsere Genossinnen in den verschiedenen Städten in der Lebensmittelversorgung (Hilfsausschüssen, Preisprüfungsstellen, Konsumentenausschüssen) mittätig sind. Nach einigen Worten über den Redaktionswechsel in der „Gleichheit", der durch die Stellungnahme des Blattes für eine neue und gegen die alte Partei notwendig geworden war, verlas Genosse Fischer einen Bericht der Genossin Blos, welche verhindert war, persönlich anwesend zu sein, über die Frauenbewegung in Stuttgart, die sich leider im wesentlichen nur auf einige Versammlungen beschränkte. Genosse Fischer kam dann auf die Aufgabe der Delegierten bei der Reichskonferenz zu sprechen.

Es folgte eine längere Aussprache, bei der sich die Ausführungen der Genossinnen wesentlich in gleicher Richtung bewegten. Zu Delegierten wurden die Genossinnen Schradin, Reutlingen, und Blos, Stuttgart, gewählt. In seinem Schlußwort forderte Genosse Fischer zu größerer Tätigkeit in der Werbung von Abonnenten für die „Gleichheit" auf. Damit schloß die harmonisch und anregend verlaufene Konferenz.

Gewerkschaftliche Monatsschau

Den Gewerkschaften sind auf sozialpolitischem Gebiet während des Krieges Arbeiten zugefallen, die sie früher nicht in ihren Aufgabenkreis einbezogen. Wenn auch seit Ausbruch des Krieges Streiks und Lohnbewegungen größeren Umfanges nicht geführt wurden, so haben die Gewerkschaften ihre eigentliche Aufgabe, für die Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sorgen, auch in dieser Zeit reichlich erfüllen müssen. Durch Tarifvereinbarungen und Verhandlungen über Lohnzulagen und Teuerungszulagen sind für Arbeiter und Arbeiterinnen eine große Anzahl wirtschaftlicher Verbesserungen erreicht worden. Aber weit darüber hinaus war das Eingreifen unserer Gewerkschaften notwendig, um bei der Lebensmittelverteilung, bei der Kriegsverletztenfürsorge, bei der Arbeitsvermittlung, bei der Sozialpolitik in engerem Sinne, beim Hilfsdienstgesetz, bei der Arbeitslosenfürsorge, der Fürsorge für die Kriegerfamilien hilfreiche Hand zu leisten. Erst nach Beendigung des Krieges wird die volle Wirksamkeit der Gewerkschaften, insbesondere der Generalkommission, auf diesem Gebiet voll zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangen. Einen interessanten Einblick in diese Tätigkeit aber gewinnt der Außenstehende schon jetzt durch eine vom Redakteur des Korrespondenzblattes der Generalkommission, dem Genossen Umbreit, herausgegebene Broschüre: „Die deutschen Gewerkschaften im Weltkrieg", in der die emsige sozialpolitische Tätigkeit der Gewerkschaften im Kriege dargestellt wird. Wir müssen es uns hier versagen, auf die Einzelheiten dieser sehr interessanten Broschüre einzugehen, wir können sie nur jeder unserer Leserinnen zum Studium angelegentlichst empfehlen. Sie ist zum Preise von 1,50 Mk. in den Parteibuchhandlungen zu haben.

In neuester Zeit mußte sich diese Tätigkeit der Gewerkschaften insbesondere auch erstrecken auf die zutage getretenen besonderen sozialen Übelstände der Kohlennot, der Gasversorgung, der Mietssteigerungen und der in der Kriegszeit nie zur Ruhe kommenden Not der Lebensmittelverteilung. Die Berliner Gewerkschaften haben durch eine persönliche Rücksprache beim Oberbürgermeister der Stadt und beim Oberkommando in den Marken dafür Vorsorge treffen wollen, daß eine gerechte Verteilung des Brennmaterials für die Bevölkerung vorgesehen werden soll, ebenso eine solche des Gasverbrauches, vor allem aber eine Verhinderung der Mietskündigung und Mietssteigerung, die die Kriegerfrauen sehr schwer bedrücken. Hausbesitzervereine haben vielfach beschlossen, zum 1. Oktober mindestens zehnprozentige Mietssteigerungen eintreten zu lassen, und sie kündigen demgemäß den Kriegerfrauen. Das Oberkommando fühlte sich nicht kompetent dazu, auf dem Verordnungsweg ein Verbot der Mietssteigerung zu erlassen, obwohl es in anderen Städten, wie in Danzig, geschehen ist; es hält den Bundesrat für die behördliche Instanz. Es wäre daher dringend zu wünschen, daß der Bundesrat, um der großen Beunruhigung, die am 1. Oktober für die Bevölkerung im allgemeinen und für die Kriegerfrauen im besonderen eintreten würde, wirksam entgegenzutreten, dieser gerechten Forderung rechtzeitig entspräche.

Im Textilgewerbe trat diese Unzufriedenheit besonders auf der außerordentlichen Generalversammlung zutage, die jüngst in Augsburg abgehalten wurde. Wir haben an dieser Stelle wiederholt auf den Widerspruch zwischen den niedrigen Löhnen der Textilarbeiter und -arbeiterinnen und den hohen Unternehmergewinnen hingewiesen. So wurde kürzlich erst wieder bekannt, daß die Konvention der sächsisch-thüringischen Färbereien in zwei Monaten ihre Lieferungspreise um 100 Prozent erhöht habe, während die Mindeststundenlöhne der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht ganz um 50 Prozent aufgebessert wurden. Der Verbandstag trat denn auch der Auffassung bei, die schon vorher vom Beirat des Verbandes festgelegt worden war, wonach Mindestlöhne zu fordern sind, und daß die Verbandsleitung die Befugnis habe, wenn die sehr niedrigen Löhne, die für Arbeiterinnen oft noch 20 und 24 Pf. für die Stunde betragen, nicht erhöht würden, mit allen Mitteln eine Bewegung für die Verbesserung der Löhne einzuleiten, so daß nötigenfalls unter Außerachtlassung des Burgfriedens zur Waffe des Streiks gegriffen werden müsse.

Im Bäckereigewerbe haben sich die Arbeiter durch ihre Organisationen gegen die Wiedereinführung der Nachtarbeit zu wehren. Um eine Ersparnis an Heizmaterial zu erzielen, sollen die kleineren Bäckereien geschlossen und zu Großbetrieben zusammengelegt werden unter gleichzeitiger Wiedereinführung der Nachtarbeit. Während ein großer Teil der Unternehmer in völligem Einverständnis mit den Arbeitern sich gegen die Einführung der Nachtarbeit entschieden wendet, wird die Reichsregierung von einem Teil der Unternehmer beständig im entgegengesetzten Sinne bearbeitet. Tatsächlich würde durch eine solche Maßnahme keine Kohlenersparnis eintreten, sie würde aber auch durch weit größere Ausgaben für Licht aufgewogen werden. Daß aus gesundheitlichen Rücksichten der Tagesarbeit entschieden der Vorzug vor der Nachtarbeit zu geben ist, da am Tage viel sauberer und reinlicher gearbeitet wird als nachts, kümmert diese Unternehmer nicht, die aus gewinnsüchtigem Interesse einen sozialen Fortschritt zunichte machen wollen, der, durch die zwingende Kriegsnot geboren, im Gegenteil zu einer ständigen Einrichtung auch für die Friedenszeit gemacht werden sollte.

Im Baugewerbe drohen neue Differenzen auszubrechen. Den Bauunternehmern war durch das Reichsamt des Innern zugesagt worden, daß sie bei Lohnerhöhungen diese Mehrausgabe aus Reichsmitteln zurückerstattet bekämen. In der Erklärung des Reichskanzlers, die hierzu vorliegt, war bestimmt, daß diese Rückvergütung nur Arbeitgeber, die zum Unternehmerverband gehören, bekommen sollten. Es hätten somit solche Arbeiter keinen Anspruch, die bei Unternehmern arbeiten, die nicht dem Unternehmerverband angehören. Da die Arbeiter sich eine solche ungleiche Behandlung nicht gefallen lassen wollen, ist ein neuer Konflikt entstanden.

Die Leipziger Straßenbahnbediensteten haben für das männliche und weibliche Personal Lohnzulagen und vor allem auch die völlige Koalitionsfreiheit erreicht, die ihnen bisher versagt blieb.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Marie Juchacz, Berlin SW 68.
Druck und Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.

A. g. XIII

Sonderbeilage der Gleichheit

Stuttgart, den 20. Juli 1917

Reichskonferenz der sozialdemokratischen Frauen.

Die erste Zusammenkunft der Vertreterinnen der sozialdemokratischen Frauen aus ganz Deutschland seit dem Ausbruch des Krieges! Eher war sie nicht möglich, wie auch ein Parteitag nicht eher möglich wurde, als bis die innere Entwicklung der Partei einen gewissen Abschluß erlangt hatte.

Schärfer noch als die Gesamtpartei wurde die sozialdemokratische Frauenbewegung von den inneren Gegensätzen und Wirrungen innerhalb unserer Bewegung in Mitleidenschaft gezogen. Die Frauen werden stärker als die Männer von ihrem Gefühl beherrscht. Darin liegt ihre Stärke und ihre Schwäche. Die Stärke zeigte sich in diesem Falle in ihrer leidenschaftlichen ursprünglichen Gegnerschaft gegen den Krieg. Auch die sozialdemokratischen Männer sind geschworene Gegner des Krieges. Aber sie finden sich leichter mit den Unabwendbarkeiten ab und suchen durch kühle, nüchterne Maßnahmen den Schwierigkeiten zu begegnen. In den Frauen aber, in den Müttern der hinausziehenden ersten Jugend, in den Gattinnen der gereiften Männer des Landsturmes, in den Pflegerinnen und Schützerinnen der jüngsten Generationen zu Hause, in ihnen brennt heiß wie am ersten Tage des Krieges der Schmerz, in ihnen schlägt das Gefühl alle ruhigeren und verstandesmäßigen Erwägungen immer wieder nieder, sie sind vom ersten Tage an bis jetzt die glühendsten Vorkämpferinnen des Friedens geblieben.

Ihre Schwäche aber lag darin, daß sie durch das Vorwalten des Gefühls leichter den falschen Darlegungen der Opposition in der Partei zugänglich waren als die Männer. Die irreführende, verhetzende These: „Die Fraktionsmehrheit hat die Kriegskredite bewilligt, also ist sie für den Krieg!", die leider auch auf viele Männer Eindruck gemacht hat, sie mußte besonders leicht die Frauen gefangen nehmen, denen ein ruhiger, sachlicher Berater nicht zur Seite stand.

Hinzu kam der schwerwiegende Umstand, daß die von allen proletarischen Frauen als Führerin hochverehrte Klara Zetkin und ebenso die Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen im Parteivorstand vom ersten Tage des Krieges an auf der Seite der Minderheit in der Partei, auf der Seite der Opposition standen und ihren ganzen schwerwiegenden Einfluß auf die Frauen im Sinne ihrer Anschauungen ausübten. Es ist geradezu ein Wunder, daß die Verwirrung in der Frauenbewegung angesichts solcher Umstände nicht noch größer geworden ist.

Die jüngste Entwicklung der Dinge hat endlich die dringend erwünschte Klärung gebracht. Die Opposition fühlte sich stark genug, um sich von der alten Partei zu trennen und eine neue sozialdemokratische Partei zu gründen. Die beiden langjährigen Vertrauenspersonen der sozialdemokratischen Frauen schlossen sich der neuen Partei an. Damit war es zur Notwendigkeit geworden, unsere eigene Frauenbewegung organisatorisch und geistig wieder zu sammeln und zu festigen. Diesen Zwecken diente der Redaktionswechsel in der „Gleichheit", diesen Zwecken sollte auch die sozialdemokratische Frauenkonferenz dienen.

Wir dürfen sagen: sie hat diesen Zweck vollauf erreicht! Selten hat eine Frauenkonferenz einen so harmonischen und sachlich befriedigenden Verlauf genommen wie die letzte Konferenz! Wohl waren leider manche Frauen nicht anwesend, ohne die man sich früher eine sozialdemokratische Frauenkonferenz nicht hätte denken können. Aber es hat sich wieder einmal die alte Erfahrungstatsache bewahrheitet, daß niemand unersetzlich ist, daß die Sache in erster Reihe steht und nicht die Personen. Außerdem aber war es eine freudig festgestellte Tatsache, daß doch auch viele Frauen anwesend waren, die schon in der alten Bewegung zu den klarsten und aufopferungsvollsten Führerinnen gehörten. Und endlich: wo Lücken gerissen worden waren, waren andere Frauen an die Stelle getreten, und sie haben ihre Aufgabe vortrefflich erfüllt!

Vielleicht ist — das soll zugegeben werden, und es wurde auch von einer Rednerin mit temperamentvoller Entschiedenheit ausdrücklich und voller Genugtuung ausgesprochen! — weniger schwungvoll und weniger häufig vom Klassenkampf und vom revolutionären Sozialismus gesprochen worden. Es war die Konferenz nicht wie sonst von der radikalen Phraseologie völlig durchtränkt. Aber der Sache des Klassenkampfes und der Sache der aufwärts und vorwärts schreitenden Arbeiterbewegung hat die Konferenz darum nicht nur nicht minder, sondern weit tatkräftiger gedient.

Die praktische Arbeit im Dienste des Sozialismus, sie stand im Mittelpunkt der Erörterungen der Konferenz. Und Täterinnen des Worts, nicht Hörerinnen allein sprachen von der praktischen Arbeit, zu der sie zum größten Teile erst durch die Kriegsnotwendigkeiten genötigt worden waren. Zuerst, als der Krieg ausbrach, haben sie hier und da gezögert. Schien die Mitarbeit im Dienste der Kriegsfürsorge, dieser im einzelnen oft so bescheidenen und kleinlichen Arbeit, doch allen anerzogenen Begriffen von der Arbeit im Dienste des Sozialismus zu widersprechen. Um so mehr, als sie fast überall zur gemeinsamen Arbeit mit Behörden und bürgerlichen Frauen zwang. Aber bald war dieses Zögern überwunden. Unsere Frauen griffen herzhaft zu, um schnell zu erkennen, daß sie für die praktische Arbeit den praktischen Sinn, zugleich aber auch die sozialistische Schulung mitbrachten, zwei Eigenschaften, die sie fast durchweg sofort zu geachteten Mitarbeitern in der größeren Gesamtheit machten. Unsere Frauen haben aber zugleich erkannt, daß auch sie an der Hand der praktischen Arbeit und im Wettkampfe mit den bürgerlichen Organisationen noch manches Neue kennen lernten, das sie wiederum für unsere eigene Bewegung ausnützen können und werden. In welchen Zweigen der sozialen Fürsorge sind unsere Genossinnen nicht überall tätig: im Nationalen Frauendienst, in den Ernährungsbeiräten, im Kriegsküchenwesen, in der Berufsberatung, in der Heeresnäherei, in Näh- und Flickstuben, in der Armenpflege, in den Kriegsamtsstellen, in städtischen Deputationen. Eine Fülle von Arbeit hat sich vor ihnen aufgetan. Und sie werden auch in der zukünftigen Friedensarbeit nicht die Mitarbeit verweigern!

Mit den neuen Pflichten haben sie aber zugleich auch schärfer als sonst erkannt, welche Rechte ihnen noch fehlen. Ihr Kampfeifer für die Gleichberechtigung der Frau ist nur gewachsen, ihr politisches Denken und Empfinden gereift und gestählt worden. Die kommende Zeit wird es lehren!

Und so bedeutet die erste sozialdemokratische Frauenkonferenz während des Krieges den verheißungsvollen Auftakt zu neuer Arbeit im Dienste des Sozialismus. Die Organisationen werden durch sie gefestigt, die Lust zur Arbeit wird neu belebt werden, die Zeit unfruchtbaren Streits mit den Anhängern der abgesplitterten Partei ist vorbei, ebenso die Zeit müder Ergebung in das Unabänderliche. Die Konferenz berechtigt zu der Hoffnung, daß die sozialdemokratische Frauenbewegung, sobald das erste und wichtigste Ziel, der Frieden, nur erst erreicht ist, mit erneuter Stärke und Tatbereitschaft vorwärtsschreiten und für die hohen Ziele der Befreiung der Frau aus alter Knechtschaft und für die hehren Ziele des Sozialismus wirken und schaffen wird!

Der Bericht über die Verhandlungen.

Die Konferenz fand am Sonnabend, den 7. und Sonntag, den 8 Juli 1917 im Sitzungssaal des Parteivorstandes in der Lindenstraße 3 statt. Anwesend waren 50 Vertreterinnen der sozialdemokratischen Frauen aus allen Parteibezirken mit Ausnahme der Bezirke Erfurt und Pfalz. Von den Mitgliedern des Parteivorstandes nahmen teil die Genossen Braun (als Leiter der Konferenz), Pfannkuch und Bartels, vorübergehend auch die Genossen Ebert, Molkenbuhr und Wels; ferner waren die Genossin Juchacz als Vertreterin des Sozialdemokratischen Frauenbureaus und Genosse Heinrich Schulz als Vertreter der Redaktion der „Gleichheit" anwesend. Außerdem wohnten der Konferenz noch einige Genossinnen und Genossen als Gäste bei.

Die Tagesordnung

der Konferenz lautete:

1. **Die Frauen in der Kriegswirtschaft.** Berichterstatterinnen: Die Genossinnen Juchacz und Hanna.
2. **Unsere Agitation.** Berichterstatterin: Genossin Juchacz.
3. **Das Frauenwahlrecht.** Berichterstatterin: Genossin Zepler.

Die Sonnabendsitzung.

Genosse **Braun** eröffnete am Sonnabendvormittag um 10 Uhr die Verhandlungen im Namen des Parteivorstandes und hieß die Erschienenen herzlich willkommen. Er wies darauf hin, daß die Tagung inmitten einer sehr ernsten und schweren Zeit zusammentritt, draußen decken ungezählte Gräber die Blüte unserer Manneswelt, und im Innern beuten gewissenlose Kriegswucherer die Konjunktur auf Kosten des Volkes aus. Die Frauen tragen in dieser Zeit doppelt schwer. Der Parteivorstand hat volles Verständnis für die Not der Frauen, auch für das Irren so vieler unter ihnen, die in dieser seelischen und wirtschaftlichen Bedrängnis den demagogischen Treibereien Unverantlicher erliegen. Der Parteivorstand hat den festen Willen, die Frauen kraftvoll zu unterstützen und ihnen zu helfen, damit sie in Zukunft erst recht den Kampf um die politische Gleichberechtigung der Geschlechter führen können.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Die Frauen in der Kriegswirtschaft

nahm Genossin **Juchacz** als erste Referentin das Wort. Sie bot zunächst an der Hand amtlich festgestellter Zahlen ein Bild der tatsächlichen Verhältnisse. Am 1. Juli 1916 erwiesen die berichtenden Krankenkassen 4 299 126 Männer, aber auch schon 3 827 640 Frauen. Fast alle Krankenkassen zeigten während der Kriegszeit Steigerung der Frauenarbeit. Mit den gemeldeten Zahlen ist aber ihr Umfang bei weitem nicht erfaßt. Da sind die Kassen, die nicht regelmäßig berichten; da sind die in Landwirtschaft, Kleinhandel, Handwerk beschäftigten Frauen, die nicht als versicherungspflichtig angesehen werden; da sind die Frauen in großen Betrieben, die unter gewissen Voraussetzungen von der Versicherungspflicht befreit werden; da sind die Betriebskrankenkassen der Post, die wenig, die Knappschaftskassen, die gar nicht berichten.

Anfänglich brachte der Krieg Arbeitslosigkeit, Verwirrung, Hilflosigkeit. Dann kam die vermehrte Nachfrage nach Frauenarbeit, eine beispiellose Knappheit und Teuerung der Lebensmittel; sie trieben die Frauen in Scharen zum Erwerb und in die Fabrik. Die Sorgen um Lebensmittel, Kleidung, Wohnung beherrschen das Leben dieser Frauen. Und dann die Friedensfrage. Mit all diesen neuen Verhältnissen haben die Frauen sich schlecht und recht abfinden müssen.

Jedoch nicht ohne unsere anregende Mitarbeit und nicht ohne tätige Eigenhilfe. Die sprunghaften Umwälzungen veranlaßten wie unsere Organisationen so auch Reich, Staaten und Gemeinden zu korporativen Einrichtungen: Preisprüfungsstellen, Kontrollen des Verkaufs, Konsumentenausschüssen, Kinderfürsorge. Wie die Frauen auch in diesen Einrichtungen „ihren Mann" stehen und wirken, was sie erreichen konnten und was an unerfüllten berechtigten und durchführbaren Forderungen zu erstreben übrigbleibt, zeigte die Referentin an einem reichen Material aus den verschiedenen Bezirken des Reiches und den größeren Einzelorten. Ohne besondere vorherige Verständigung haben unsere Genossinnen in großer Zahl zur rechten Stunde die Notwendigkeiten des Tages begriffen. Ihr Drang und ihr guter Wille, durch ihre Mitarbeit der furchtbaren Kriegsnot im Lande zu begegnen, wurde nicht zurückgewiesen, viele unserer Genossinnen haben ein fruchtbares Tätigkeitsfeld gefunden. Das Geleistete muß gleichzeitig Zukunftsarbeit sein. Es gilt, überall noch mehr einzudringen und zu leisten, gemeinsam mit den Behörden, gemeinsam mit den Kräften unserer eigenen Bewegung. Da ist die Arbeit in der Verteilung der Lebensmittelkarten und freiwilligen Spenden, der Armenpflege, Wöchnerinnen-, Säuglings-, Jugendpflege. Mitarbeit gibt Einsicht in die große Leistung der Parteileitungen und Organisationen und die Erkenntnis, wie wenig die Methoden derer berechtigt sind, die sich als Parteizerstörer erwiesen haben.

Die zweite Referentin zu diesem Punkt, Genossin **Hanna**-Berlin, war insbesondere berufen, aus ihrer vielseitigen Betätigung innerhalb der sozialen Bestrebungen im Dienste der Arbeiterschaft heraus zu reden. Wirkungsvoll zog sie die Begründung heran, die die Regierung selbst ihrem im Jahre 1908 erfolgten Erlaß des freien Versammlungsrechts für die Frauen gab.

Was damals die Regierung selbst ausführte, um den Frauen aus dem lächerlichen „Segment" hinaus in das freie Versammlungsleben Zutritt zu geben, ist durch den Umschwung der drei Kriegsjahre in noch unendlich stärkerem Maße in Erscheinung getreten und fordert nun auf, daß die Konsequenzen gezogen werden. Die Forderung und Pflicht der Frauen, sich am gesamten öffentlichen Leben zu beteiligen, erhält eine immer materiellere Grundlage, sie ist nicht mehr eine Rechts-, sondern eine Kulturfrage ersten Ranges geworden. Und zwar nicht nur geistig und durch Aufklärung und Erstrebung und Ausübung des Wahlrechts, wo es uns gegeben, uns zu betätigen, sondern direkt praktisch mitzuwirken. Im Zwange der Widerstände gegen unsere ganze Bewegung waren wir durch lange Zeiten genötigt, in der agitatorischen Aufrüttelung der Frauen den Angelpunkt unserer ganzen Bestrebungen zu sehen. Die heutigen Tatsachen des Lebens aber zwingen uns, auf die Heranziehung der Frauen zur direkten Mitarbeit den gleichen Wert zu legen. Als der Krieg uns urplötzlich vor eine Fülle von Aufgaben stellte, für die wohl vielen von uns zunächst die Erfahrung und oft auch das Verständnis fehlte, hatten wir doch eines sogleich vor dem Gros der bürgerlichen Teilnehmer voraus: wir waren mit den Arbeiterverhältnissen vertraut. Erfahrung und Verständnis, die wir uns heute in einem Gewaltkursus angeeignet, müssen in Zukunft noch viel wirksamer werden. Soziale Fürsorgeeinrichtungen müssen wir in Zukunft noch viel mehr haben als jetzt, und da dürfen wir nicht gestatten, daß diese Hilfe den Bedürftigen nur von Leuten gebracht wird, die in ganz anderen Anschauungen leben als wir und mit ihrem Hilfsdienst zugleich das Bestreben verbinden, die Arbeiterinnen von ihrem Klassenzusammenschluß abzuziehen.

Von dieser Auffassung aus entwickelte die Referentin ein Programm von Arbeiterinnen-, Mütter- und Kinderhilfe. Auch dem System der Fabrikpflegerinnen müssen wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Wir müssen dafür sorgen, daß diese jetzt so modern werdenden Posten nicht dazu benutzt werden, der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen Schaden zuzufügen. Unsere Forderungen an die Gewerbeordnung müssen bedeutend erweitert werden, sie müssen für den künftigen Friedenszustand ausgebaut werden, wo die Frauen ja noch viel zahlreicher als früher erwerbstätig sein werden. Durch stärkere Interessierung und Gewinnung der Frau für die Organisationen müsse dieser Weg zu einer besseren Zukunft gebahnt werden.

Genossin **Simon**-Brandenburg schilderte aus praktischer Erfahrung, wie notwendig die Genossinnen sich um die Jugendfürsorge kümmern müssen, für die sich jetzt bürgerliche Damen und kirchliche Kreise besonders interessieren. Auch der Einsetzung der Fabrikpflegerinnen und der Arbeitslosenunterstützung sei vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken.

Genossin **Grünberg**-Nürnberg schildert die Verhältnisse, die an den Nürnberger Arbeitsplätzen herrschen, auch dort versuchen die bürgerlichen Damen mit den Arbeiterinnen in Fühlung zu treten und ihnen zu helfen, aber meistens ist der Weg, den sie hierzu einschlagen, nicht gangbar.

Genossin **Reitze**-Hamburg erklärt, sie selbst sei jetzt drei Jahre in der Kriegsfürsorge tätig und habe dabei die feste Überzeugung gewonnen, daß die Frauen, denen durch unsere Mithilfe in ihrer bittersten Not geholfen sei, später leichter als sonst für unsere Bewegung zu gewinnen seien.

Genossin **Röhl**-Köln: Wenn wir früher hinauszogen zur Agitation, so verneinten wir meistens die Teilnahme an praktischer Tagesarbeit mit den Bürgerlichen. Der Krieg hat uns aber gezeigt, daß wir in Zukunft ganz anders handeln müssen; wir müssen weit mehr damit rechnen, praktische soziale Arbeit zu leisten, wir dürfen das keinesfalls allein den bürgerlichen Damen überlassen.

Genossin **Nyneck**-Teltow-Beeskow berichtet über die Tätigkeit der Genossinnen im Nationalen Frauendienst in Berlin. Im wei-

teren wünscht sie einen regen Anschluß der Genossinnen an das Frauenbureau.

Genossin **Lacher**-Apolda erklärt, wie durch ihre Mitarbeit die Vergebung der Heeresnäherei für das Herzogtum Sachsen-Weimar in den Händen des Gewerkschaftskartells ruhe. Dieses wache darüber, daß die Fabrikanten die vorgeschriebenen Löhne zahlen.

Genossin **Ege**-Frankfurt a. M.: In der etwas liberal gesinnten Stadtverwaltung sind die Genossen stark vertreten, und infolgedessen ist die Mitarbeit der Genossinnen dort leichter als anderswo. Seit 1886 sind dort Frauen in der Armenpflege tätig, und gleich bei Kriegsausbruch lud die Stadtverwaltung zur sozialen Mitarbeit ein. Leider fehlte es uns an der genügenden Zahl von Frauen. Die Stadt hat Näh- und Flickstuben errichtet, auch die Leitung der Kriegsküchen liegt in den Händen eines Genossen; zwei Genossinnen arbeiten in der Kriegsamtstelle. Aber leicht ist es nicht, als Genossin in sozialen Ämtern tätig zu sein.

Genosse **Grzesinski**-Kassel meint, die Beteiligung von Frauen an sozialen Einrichtungen sei nichts Neues, sie komme in unserer alten Forderung auf Zulassung von Frauen zu allen Körperschaften zum Ausdruck. Die soziale Tätigkeit sei in Wirklichkeit noch viel größer gewesen, als sie im Bericht zum Ausdruck komme.

Genossin **Bollmann**-Halberstadt berichtet ebenfalls Günstiges über die einflußreiche Stellung, die die Genossinnen in ihrem Bezirk in der sozialen Fürsorge gewonnen haben.

Genossin **Schulz**-Witten meint, daß wenn es auch keine neuen Forderungen waren, vor die die Frauen bei Kriegsausbruch gestellt wurden, so traten die Frauen diesen neuen Aufgaben doch mit recht gemischten Gefühlen gegenüber. Aber sie wurden bald den Anforderungen gerecht.

Genossin **Schradin**-Reutlingen vergleicht die heutige mit der Mannheimer Frauenkonferenz. In Mannheim hörte man allein die Mahnung, die grundlegenden Prinzipien des Sozialismus hochzuhalten; heute hört man viel mehr von praktischer Arbeit, und da mache sie erst recht mit. Im weiteren schilderte sie in temperamentvoller Weise ihre Tätigkeit in den einzelnen Körperschaften. Unter anderem hat Rednerin eine Arbeitsstelle der Heeresverwaltung übernommen, in der 2400 Arbeiterinnen bei acht- bis zehnstündiger Arbeitszeit schaffen.

Genossin **Bremer**-Hannover regt an, auch der Wohnungsfürsorge Aufmerksamkeit zu schenken, da es beispielweise in Hannover arg in der Kleinwohnungsfürsorge aussehe.

Genossin **Harder**-Bremen gab einen Situationsbericht über die soziale Arbeit, die in ihrer Heimat die Genossinnen leisten.

Genossin **Jaeckstat**-Lübeck sprach über die dort bestehende Kinderschutzkommission. Auch diese Rednerin ist in allen Kommissionen der sozialen Fürsorge tätig.

Genossin **Hiller**-Heilbronn führt aus, heute herrsche hier eine ganz andere Stimmung als auf den früheren Konferenzen, heute könne man ungehindert die Notwendigkeit der praktischen Mitarbeit schildern. Dies sei als Anfang einer neuen Zeit zu begrüßen.

Genossin **Klügel**-Görlitz berichtete: Wir haben uns im Bezirk weniger mit dem Parteistreit beschäftigt, sondern vor allen Dingen praktische Arbeit geleistet. Unser Bezirksparteisekretariat hat eine umfassende Fürsorgetätigkeit eingerichtet. In zwanzig Orten sind Genossinnen mittätig, um Rat und Hilfe zu vermitteln. Besonders in den kleinen Orten auf dem Lande fänden die armen Kriegerfamilien sonst nicht die notwendige Hilfe und Unterstützung. Viele hunderttausende Mark sind durch diese Tätigkeit den Familien zugewendet worden.

Kurze Schlußworte der Referentinnen folgten dieser anregenden Diskussion, dann wurde der zweite Punkt der Tagesordnung:

Unsere Agitation

behandelt, zu dem Genossin **Juchacz** ein einleitendes Referat erstattete. Sie führte aus, wie ganz naturgemäß unter dem Krieg auch unsere Frauenorganisation gelitten habe. Schon vor dem Krieg war ein gewisser Stillstand eingetreten, der dann nach dem Kriegsausbruch zu einem Rückgang wurde. Es wurde zum Beispiel in vielen Orten der Beschluß gefaßt, den Kriegerfrauen keine Beiträge abzufordern. Das hätte uns nicht geschadet, wenn der Krieg drei Monate gedauert hätte, so aber gingen diese Genossinnen auf die Dauer der Organisation verloren, weil sie nicht einmal zum Zweck der Beitragserhebung besucht und auch sonst nicht mehr zu Veranstaltungen herangezogen wurden. Es habe überhaupt, wie schon beim vorigen Punkt zum Ausdruck gekommen sei, während dieser Zeit mehr und mehr an der richtigen Führung gefehlt. Jetzt gelte es, Versäumtes wettzumachen und die Verlorengegangenen wiederzugewinnen. Das wird in einer Hinsicht nicht leicht sein, da wir mit häßlichen Gegenmitteln von der Gegenseite zu rechnen haben. Wir dürfen nicht verkennen, daß die seelische Verfassung so vieler Frauen dem agitatorischen Vorgehen der Unabhängigen günstig ist. Wir werden uns aber hüten, ihnen darin zu folgen, unschöne Mittel anzuwenden. Wir haben in der Richtigkeit unserer Sache unsere Stärke. Wir wollen auch unsere „Gleichheit" zu einer Zeitschrift machen, die von allen Leserinnen ganz verstanden wird. Wir wollen uns ferner davon leiten lassen, daß wir Frauen nicht eine besondere selbständige Bewegung bilden, sondern in allem nur ein Teil der Gesamtbewegung sind. So werden wir da, wo wir uns in den Körperschaften Sitz und Stimme zu erringen haben, dies in gemeinsamer Arbeit mit den Männern tun. Die alten Mittel und Methoden der Agitation, die sich bewährt haben, brauchen wir nicht preiszugeben. Aber die Zeit hat uns wieder neue Möglichkeiten der Agitationsarbeit geboten, deren weiteste Ausnutzung uns die Wirkungen des Krieges wird überwinden lassen.

Damit schloß abends um 7 Uhr die Sonnabendsitzung.

Die Sonntagssitzung

wurde vormittags um 9 Uhr eröffnet mit der Diskussion über das Referat der Genossin Juchacz.

Genossin **Anforge**-Oberlangenbielau begrüßt die neuen Gesichtspunkte und Anregungen, die sie bekommen habe. Zu dem Zweck seien die Delegiertinnen nach Berlin gekommen. Daß die „Gleichheit" jetzt eine andere Haltung einnimmt, sei sehr erfreulich.

Genosse **Schreck**-Bielefeld: Die Referentin hat recht, wir dürfen bei der Agitation und Werbearbeit nicht in den Ton der Opposition verfallen. Das Gefühlsleben der Frau sei nach der sozialen Seite hin zu stärken. Er empfehle die Herausgabe eines kleinen populären Traktats, um den Frauen kurz zu sagen, wohin wir wollen. Auch Auskunftsstunden seien einzurichten. Die jetzige „Gleichheit" sei zu begrüßen. Zu erwägen gäbe er den Gedanken, die jetzige Redaktion und den Druckort zu vereinigen. Eine gut vorbereitete Agitation für Partei und „Gleichheit" müsse baldigst im ganzen Reich entfaltet werden.

Genossin **Blase**-Mannheim weist insbesondere auf das Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften hin. Die heutige Konferenz befriedige sie vollkommen. Die ganze Bewegung würde belebt werden durch öftere Abhaltung solcher Konferenzen.

Genossin **Noack**-Dresden schilderte die Art ihrer Werbearbeit. Nähabende, Unterhaltungs- und Vortragsabende, die den Kreis der für uns gewonnenen Kriegerfrauen zusammenhalten, sind für viele der Vertrauensort geworden, wo sie ihr Herz einmal ausschütten können. Eine allgemeine Werbearbeit für die jetzige „Gleichheit" im ganzen Reich sei sehr zu begrüßen.

Genosse **König**-Dortmund erörtert die Notwendigkeit, Agitation nicht nur unter den Hausfrauen, sondern unter der ganzen erwerbstätigen, vor allem industriellen Arbeiterinnenwelt zu betreiben. Vor allem auch für die Gewerkschaften gelte es diese Frauen zu gewinnen. Die Genossinnen selbst müßten diese Werbearbeit tatkräftig fördern, da die Genossen meist mit andern Arbeiten belastet seien.

Genossin **Schradin**-Reutlingen: In der „Gleichheit" mit ihrer jetzigen Haltung und Schreibweise gewinnen wir ohne Zweifel ein Mittel zur wirksamen Belebung der Agitation. Doch auch im Versammlungsleben müsse die praktisch-positive Tendenz zum Ausdruck kommen. Die mit dem Bevölkerungsproblem zusammenhängenden Fragen sind geeignet, die Frauen aufzurütteln und in die Versammlungen hineinzubringen. Doch müsse damit auch ein tatkräftiges Eintreten für die Schwangeren verbunden werden, nötigenfalls durch Herantreten an die Gewerbeinspektion. Die Genossinnen müssen sich aber auch verpflichtet fühlen, regelmäßige Berichte an die Genossin Juchacz einzusenden.

Genossin **Schilling**-Döbeln führt aus: Nicht nur die Stundung der Beiträge, auch die verschärften Polizeimaßnahmen trugen zum Sinken des Mitgliederstandes bei. Im weiteren schilderte sie die Kleinarbeit, wie sie bei ihr zu Hause mit gutem Erfolg betrieben wird. Auch Auskunftsstellen sind den Frauen ein Plätzchen, wo sie ihr Herz erleichtern können. Aber an Schulung fehlt uns noch vieles, um die Auskünfte in ausreichendem Maße geben zu können.

Genosse **Ebert** vom Parteivorstand, der bisher durch die gegenwärtig so wichtigen Reichstagsarbeiten an der Teilnahme verhindert war, gibt auf Wunsch eine Darstellung der gegenwärtigen allgemeinen Situation. Sie wurde mit großer Spannung und lebhafter Zustimmung entgegengenommen.

Genossin **Ege**-Frankfurt a. M. plädiert für größere Berücksichtigung der Frauen im Sinne von Vorschlägen, die von Frankfurt a. M. aus der Konferenz unterbreitet worden waren. Die Vorschläge verlangen Vermehrung der Frauensitze im Parteivorstand, Anstellung von Sekretärinnen im Lande, stärkere Vertretung der Frauen in den Agitationskommissionen und Kreisleitungen und anderes mehr.

Genossin **Simon-Brandenburg**, die die stärkere Berücksichtigung an sich für wünschenswert hält, führt aus, wie solche Anträge fromme Wünsche bleiben, solange die Frauen nicht selbst durch Kampf und Mitarbeit sich alle erwünschte Beachtung zu erzwingen wissen.

Genosse **Braun** vom Parteivorstand legt dar, wie die Anträge Frankfurt in vielem offene Türen einrennen, weil das, was dort verlangt wird, bereits in unserem Organisationsstatut steht. Auch Bezirkssekretärinnen waren bereits angestellt, und wir werden in Zukunft demgemäß weiter verfahren, sobald die Verhältnisse nach dem Kriege es ermöglichen. Die Frauenkonferenzen sind allerdings nicht im Statut festgelegt, sind aber abgehalten worden, weil sie notwendig sind. Beschließe man aber, sie statutarisch festzulegen, so werde dies als eine Sonderorganisation der Frauen betrachtet und vom Parteitag abgelehnt werden. Braun gibt dann in längeren Darlegungen die Gründe bekannt, die den Parteivorstand zur Aufhebung des Frauenbureaus bestimmten. Da nur der Parteitag die frei gewordenen Plätze im Vorstand wieder besetzen könne, habe der Vorstand, um die Frauenbewegung zu fördern, die Genossin Juchacz, die vorher in Köln als Sekretärin mit Erfolg tätig war, als Hilfsarbeiterin herangezogen. Er habe die Hoffnung, ja die Zuversicht, daß es ihr gelinge, sich das Vertrauen der Genossinnen im Lande zu erwerben. Wie bei den Vorstandsmitgliedern Zietz und Wengels, so wurde der Parteivorstand auch gegenüber der Genossin Zetkin zum Einschreiten genötigt, als sie, die schon lange unsere eigene Organisation bekämpft hatte, in die Leitung einer anderen Partei, der der „Unabhängigen", eintrat. Da sie selber nicht die daraus sich ergebende Konsequenz zog, ihr Amt niederzulegen, mußte der Parteivorstand seinerseits das Nötige tun.

Eine Diskussion über die Ausführungen Brauns, die oft von allseitigem Beifall begleitet wurden, wurde nicht beliebt.

Nunmehr wurde Schluß der Debatte beschlossen.

Genosse **Heinrich Schulz** legte als Redakteur der „Gleichheit" die Gründe dar, die ihn zur Übernahme der Redaktion bewogen hätten. Er entwickelte ferner die Grundsätze, nach denen die jetzige Redaktion die „Gleichheit" gestalten wolle. Die theoretische Aufklärung im Sinne des Sozialismus solle natürlich nicht vernachlässigt werden, aber es gelte hierfür eine Form zu finden, die auch den einfachen Arbeiterfrauen das Verständnis der Darlegungen ermögliche. Sodann aber werde in Zukunft der praktischen Arbeit eine größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Das Interesse der Kinder an der Kinderbeilage soll durch geeignete Mittel gehoben werden. Auf alle Fälle sei aber die Unterstützung und Mitarbeit der Genossinnen nötig, damit die „Gleichheit" zum besten geistigen Bindemittel unserer Bewegung werde.

Genossin **Juchacz** sprach noch ein wirkungsvolles Schlußwort. Die Frankfurter Anträge wurden dem Vorstand überwiesen.

Dann referierte Genossin **Wally Zepler**-Berlin über den letzten Punkt der Tagesordnung:

Das Frauenwahlrecht.

In einem interessanten historischen Überblick griff die Rednerin zurück auf die erste Entstehung der Frauenwahlrechtsfrage, zurück auf die große französische Revolution und zeigte von dort aus ihre Wandlungen bis in die moderne Gegenwart. Sie schilderte die Bedeutung des Frauenwahlrechts, seinen Stand in anderen Ländern und schloß das Referat mit der Erörterung von Mitteln, um die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland zu beschleunigen.

Da durch diese letzten Ausführungen eine Reihe taktischer Fragen aufgerollt wurden, begnügte die Konferenz sich mit der Entgegennahme des Referats und überwies die Anregungen dem Parteivorstand in dem Sinne, daß er sie zu gelegener Zeit im Verein mit den Genossinnen Juchacz und Zepler nutzbar mache.

Sodann wurde über die folgende Entschließung abgestimmt, die den Inhalt der Beratungen der Konferenz zusammenfaßt:

Die Reichskonferenz der sozialdemokratischen Frauen stellt auf Grund der Berichte aus allen Orten Deutschlands fest, daß die sozialdemokratischen Frauen während des Krieges zu Tausenden in rastloser Mitarbeit auf allen Gebieten der Kriegsfürsorge bemüht gewesen sind, nach besten Kräften die Leiden mildern zu helfen, die der furchtbare Krieg dem deutschen Volke, besonders den minderbemittelten Volksschichten zufügt. Die Konferenz billigt diese praktische Tätigkeit der sozialdemokratischen Frauen, auch die dadurch notwendig werdende gemeinsame Arbeit mit öffentlichen Behörden und bürgerlichen Frauenorganisationen, denn gerade durch die Mitarbeit der sozialdemokratischen Frauen in solchen Körperschaften war es möglich, die Interessen der Arbeiterinnen sachgemäß und erfolgreich zu vertreten.

Die Erfahrungen der sozialdemokratischen Frauen in der Kriegsfürsorge, besonders aber in der Lebensmittelbeschaffung veranlassen die Konferenz, den schärfsten Einspruch gegen die unerträglichen Zustände auf dem Gebiet der Volksernährung zu erheben. Sie fordert von der Reichsregierung wie von den staatlichen und gemeindlichen Behörden die rücksichtslosesten Maßnahmen zur Bekämpfung des unerhörten Lebensmittelwuchers und zur Sicherstellung einer möglichst gleichmäßigen Verteilung der vorhandenen Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen.

Die Konferenz erneuert angesichts der vermehrten sozialen Pflichten, die die Frauen während des Krieges übernommen haben, mit verstärkter Entschiedenheit die alten Forderungen der sozialdemokratischen Frauen auf volles Mitbestimmungsrecht der Frauen in Reich, Staat und Gemeinde und ihre Zulassung zu allen öffentlichen Körperschaften.

Insbesondere verlangt sie das aktive und passive Wahlrecht für die Frauen im Sinne der sozialdemokratischen Wahlrechtsforderungen. Sie unterstützt daher auch auf das entschiedenste den Kampf, den gegenwärtig die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Verwirklichung dieser Forderung führt; verpflichtet aber zugleich auch alle sozialdemokratischen Frauen zu unablässiger tatkräftiger Propaganda durch das ganze Deutsche Reich, bis ein uneingeschränktes Frauenwahlrecht erreicht ist.

Die Konferenz bedauert auf das tiefste die Spaltung der sozialdemokratischen Partei durch die Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Sie stellt sich entschieden auf den Boden der alten Partei und fordert demgemäß alle Arbeiterfrauen auf, gleichfalls den alten Organisationen treu zu bleiben und tatkräftig für sie zu wirken. Die Konferenz billigt endlich auch den Wechsel in der Redaktion der „Gleichheit", der durch den Übertritt der bisherigen Redakteurin zur Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie notwendig geworden war. Sie sieht in der „Gleichheit" das wichtigste geistige Bindemittel für die sozialdemokratische Frauenbewegung und macht es allen Parteigenossinnen zur Pflicht, für die weiteste Verbreitung der „Gleichheit" unter den proletarischen Frauen Sorge zu tragen.

Auch folgende Entschließung über

Die politische Situation und die Friedensfrage

fand einstimmige Annahme und lebhaften Beifall:

Die auf der Reichskonferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands anwesenden Vertreterinnen deutscher Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen, die in erster Linie unter den furchtbaren seelisch zerrüttenden Wirkungen des Krieges zu leiden haben, fordern von den maßgebenden Stellen im Reiche die unverzügliche Einleitung von Maßnahmen, die den möglichst baldigen Abschluß des blutigen Völkermordens herbeizuführen geeignet sind. Die Konferenz begrüßt die zähe und entschlossene Tätigkeit, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in Verbindung mit der Parteileitung seit Ausbruch des Krieges bis zur gegenwärtigen Stunde im Interesse des Friedens ausgeübt hat, und wünscht ihren weiteren Bemühungen schnellsten und vollen Erfolg. Das ganze deutsche Volk, insbesondere die schwergeprüfte proletarische Frauenwelt, brauchen dringend den sofortigen Frieden, nicht minder aber die Volksmassen in den feindlichen Ländern. Den proletarischen Frauen und Müttern jenseits der Schlachtfronten sprechen die Versammelten ihre schwesterlichen Sympathien aus und fordern sie auf, die sozialdemokratischen Parteien in ihren Ländern zu tatkräftiger Arbeit zugunsten eines schleunigen Friedens zu veranlassen. Von einem möglichst baldigen Frieden, der ohne Vergewaltigungen und Demütigungen der beteiligten Völker auf dem Boden der Verständigung zustande kommt, erwartet die Konferenz auch eine Wiederaufnahme und Verbesserung der internationalen Beziehungen des kämpfenden Proletariats aller Länder, im besonderen auch eine herzliche Wiederanknüpfung der internationalen Verbindungen der sozialdemokratischen Frauen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Genosse **Braun** würdigte in eindrucksvollen Abschiedsworten den Wert der Verhandlungen, die gezeigt haben, daß nach wie vor der alte Geist der Kameradschaftlichkeit unter den sozialistischen Frauen herrsche. Der Krieg habe eine Fülle von neuen Fragen, besonders der praktischen Arbeit für die Frauen, aufgerollt, womit ein weites Feld der Betätigung und der politischen Agitation eröffnet worden sei. Genosse Braun schloß die Tagung mit dem Wunsche, daß die nächste Frauenkonferenz, zu der wir uns versammeln werden, schon im Frieden, der doch einmal kommen und den unerträglichen Druck von der Menschheit nehmen müsse, stattfinden möge.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Marie Juchacz, Berlin SW 68.
Druck und Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.